

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Donnerstag, 15. Juli 1926.

6. Jahrgang.

Nr. 163.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (zwei)

Der Schutzbund.

Was in Oesterreich Republikanischer Schutzbund heißt, von den Arbeitern kurz „Schutzbund“ genannt wird, und unter anderem Namen von anderen Ländern übernommen wurde, ist eigentlich ein geschichtliches Phänomen. Es ist hervorgegangen aus einer blitzschnellen taktischen Wendung des kämpfenden Proletariats. Als es von tiefstem Abscheu gegen Krieg und Militarismus erfüllt, den Weg des friedlichen sozialistischen Aufbaues beschritt und auf dem Boden der Demokratie die Grundmauern einer neuen Weltordnung aufzurichten sich ansetzte, sah es sich plötzlich von den bis an die Zähne bewaffneten Soldaten der Bourgeoisie, von monarchistischen und faschistischen Begelagerern bedrängt. Die Arbeiterklasse stand vor der Wahl, dieser neuen Gefahr mit den alten Methoden des Klassenkampfes, mit geistiger Aufklärung, politischer Propaganda, Einsatz der parlamentarischen und gewerkschaftlichen Kampfmittel entgegenzutreten oder der physischen Gewalt des Gegners mit physischer Gewalt zu begegnen.

Die Arbeiterklasse Deutsch-Oesterreichs hat sich gewarnt durch die traurigen Erfahrungen der Nachbarländer, zuerst entschlossen, den Abwehrkampf gegen die Reaktion in wehrhafter Form zu führen. An die Grenzen der kleinen Republik brandeten die Wogen der Gegenrevolution, im Lande selbst standen monarchistische Buischgeschellen auf dem Sprungbrett bereit, gegen die kaum errungene republikanische Freiheit den tödlichen Döbel zu führen. Als in Bayern der weiße Terror die Gräber und Kerker mit seinen proletarischen Opfern füllte, als im Burgenland die Horthy-Banden sozialistische Volkwehrmänner bestialisch zu Tode quälten, als in Italien die Forderen Mussolinis mordend und sengend eine blühende Arbeiterbewegung hinmachten, da stieg in den Köpfen der österreichischen Arbeiter der Gedanke auf: Wie, wir sollen uns von einer Sandvöll Bestien, von zusammengekauften Landsknechten und Morddeuren überfallen, überwältigen lassen? Wir, die wir auf den Schlachtfeldern Serbiens, in Galizien und am Nonzo gelernt haben, die Stutzen, die Wurfgranaten, die Maschinen-gewehre mit kräftiger Faust zu meistern? Wir, die wir Hunderttausende woffengeübter, kampfgewärteter Männer zöhlen, wir sollen uns wie die Hosen zusammenschließen, wie die Hunde niederprädeln lassen? Diese Möglichkeit erschien so absurd, daß die Idee der proletarischen Wehrhaftigkeit auf fruchtbarsten Boden fiel und im Sturme die österreichische Arbeiterschaft eroberte. Das war die Geburtsstunde des Republikanischen Schutzbundes, der in wenigen Jahren zu einer machtgewaltigen Wehrorganisation emporwuchs. Vom Haß des Bürgertums umstößt, von der Liebe und Begeisterung des Proletariats getragen, hat der Schutzbund seinen Aufstieg vollendet, und so steht er heute da als ein granitgehauer Wellenbrecher nicht nur der österreichischen, sondern auch der gesamten mitteleuropäischen Reaktion.

Das Entstehen proletarisch-republikanischer Wehrverbände hat in Oesterreich und in Deutschland das Bild des politischen Machtkampfes vollständig gewandelt. In dem Maße, als das Proletariat in wohlgegründeter Wehrhaftigkeit auf den Plan tritt, wird dem Bürgertum die Lust zu bewaffneter Gewaltpolitik verleidet. Rühmehrsüchtig muß es erkennen, daß ihm damit der letzte Trümpf seiner Machtpolitik entzogen wurde. Da, es muß, wo die Dinge soweit gereift sind, wie in Deutschösterreich, zu dem bitterbösen Spiel noch eine freundliche Miene aufsetzen. Ein Schauder für Götter, wenn zum Beispiel die christlichsoziale „Reichspost“ nach dem sonntägigen Wiener Massenaufmarsch mit scheinhelligem Augenaufschlag versicherte, daß doch in ganz Oesterreich kein Mensch daran denke, den Arbeitern ein Leid z tun. Die wehr-

haften Verbände, die Schutzbundorganisationen sind ihrer Meinung nach ganz überflüssig. . . . Dabei zu bedenken ist, daß über den Grabhügeln der von monarchistischen und nationalsozialistischen Nordbuben umgebrachten Sozialdemokraten kaum Gras gewachsen ist, und noch vor Jahresfrist kein österreichisches Arbeiterfest vor halbkreisförmigen Ueberfällen sicher war. Wenn heute das österreichische Proletariat mit dem Gefühl vollster Sicherheit gegen Gewalt und Terror seinen Klassenkampf führen kann, so ist das keineswegs der Friedfertigkeit des Bürgertums, sondern einzig und allein seiner wohlorganisierten Wehrhaftigkeit zu danken.

Das alles will gewürdigt sein, um zu verstehen, warum der Gedanke der proletarischen Wehrhaftigkeit in Deutschösterreich eine so ungeheure Popularität genießt. Die Wiener Arbeiter, die am Sonntag den vorbeimarschierenden Wehrformationen leidenschaftlich jubelten und unermüdbar „Schutzbund!“ riefen, brachten damit zum Ausdruck die Liebe der Männer, die für die Partei durchs Feuer gehen! Das sind die Kämpfer, die die putschlästernden Monarchisten in die tiefsten Löcher gejagt, die die Abteilungen probalender Halbkreisformationen von der Bildfläche hinweggejagt haben! Das ist der Schutzbund und dort des gesamten arbeitenden Volkes! Da begreift man erst, warum die Wiener Arbeiter so stolz auf ihren Schutzbund sind.

Aber noch aus einem anderen Grunde ist die proletarische Wehrbewegung so wertvoll für die gesamte Klasse: weil sie nicht nur unentbehrlich ist als Wappenstein gegen die Reaktion, sondern in kürzester Zeit unentbehrlich wird im täglichen politischen Kampfe. Alle Aufgaben der Partei, die Disziplin, außerordentlichen Opfermut und unbedingte Verlässlichkeit erfordern, werden heute von den Schutzbundmännern besorgt. Auch bei gewerkschaftlichen Kämpfen haben sie ihren Klassengenossen bereits wertvolle Rückendeckung und das Treiben der Klassenfeinde geleistet. Die flagglose Unterbringung von zehntausenden Gästen anlässlich des letzten Arbeiterfestes wäre ohne die Kurier-, Bereitschafts- und Führungsdienste der Schutzbündler unmöglich gewesen. Tag und Nacht stand dank der militärischen Organisation der Wehrabteilungen der Festsetzung eine stramme Garde von dienstbereiten Helfern zur Verfügung. Stets waren die roten Wehrmänner zur Stelle, wo sie gebraucht wurden. Das hat nicht zuletzt zum herrlichen Gelingen der Riesenmanifestation beigetragen.

Nimmt man dazu die glänzenden Erfahrungen, die in Oesterreich und Deutschland bei Wahlen mit diesen Wehrformationen gemacht wurden, so ergibt sich daraus die Lehre, daß die organisierte proletarische Wehrhaftigkeit nicht nur ein momentanes Auskunftsmitel für gefährliche Zeitläufte, sondern eine Erscheinung ist, die der Arbeiterklassenbewegung dauernd nützliche Dienste leistet. Eine im — nach historischen Perspektiven gesehen — entscheidenden Machtkampfe stehende Klasse braucht eine starke Vollzugs-gewalt, eine straffe Zusammenfassung ihrer Stohkraft, dies um so mehr, als mit dem Aufkommen zahlreicher Sonderorganisationen die Tendenz des Auseinanderleitens der Klassenkräfte verbunden ist. In stürmischen wie in ruhigen Zeiten wird die Arbeiterbewegung eine disziplinierte Kern- und Sturmtruppe brauchen, die zu jedem Opfer fähig, zu jedem Dienste bereit ist. Deren militärische Organisation ermöglicht nicht nur elastisches Manövrieren, sondern auch höchste Präzision und Oekonomie des Kraftinjages. Daß die proletarische Wehrbewegung keine militaristische Auswüchse zeitigen wird, dafür ist das Prinzip ihrer vollen Freiwilligkeit beste Gewähr. Der rote Wehrmann bleibt daneben immer Arbeiter oder Angestellter und hat demnach seiner Klassenlage entsprechend durchaus friedliche Interessen.

Die von der Konferenz der proletarischen Wehrorganisationen in Wien beschlossene Einsetzung einer internationalen Kommission zur Abwehr des Fascis-

mus zeigt am besten, daß die Idee der Wehrhaftmachung der Arbeiterklasse bereits internationale Bedeutung gewonnen hat. Es ist nun unsere Aufgabe, den Gedanken auf dem Boden dieses Staates zum vollen Durchbruch zu verhelfen. Mag auch in diesem Augenblicke noch unsere Bourgeoisie dank der organisatorischen Zerrissenheit und der politischen Schwächung der Arbeiterklasse ihre Vorherrschaft auf demokratisch-parlamentarische Methoden begründen, morgen schon kann sich die Situation ändern und die unterirdisch schwebende faschistische Gefahr zur verheerenden Strich-

flamme entzünden. Es gilt auch hierzulande, für alle Wehrfälle des Machtkampfes der Klassen vorzubereiten. Darum darf kein kostbarer Augenblick der Vorbereitung zur wehrhaften Ueberwindung der reaktionären Gefahren verloren gehen. Unermüdbare Arbeit zum Auf- und Ausbau unserer „Roten Wehr“, rastlose Arbeit für die Wehrhaftmachung des Proletariats, das ist unsere geschichtliche Aufgabe in der nächsten Zeit. Die deutsche Arbeiterklasse der Tschechoslowakei muß sich in der internationalen proletarischen Abwehrfront gegen den Faschismus einen Ehrenplatz erobern!

Am den Branger!

Das Sündenregister der Deutschbürgerlichen!

Ein Auszug aus ihrem Schuldkonto vom Juni 1926.

„Dann darf nicht gezögert werden, dann darf auch nicht eine Partei der anderen den Vortritt lassen, dann muß gemeinsam gehandelt werden, damit nicht die nationalen und kulturellen Güter, sowie die sozialen Forderungen um ein Pfingstgericht preisgegeben werden.“

Aus der Rede des christlich-sozialen Parlamentariers Dr. Kayr-Sarting am 15. März 1925 in Prag.

Die nationalen und kulturellen Güter, die sozialen Forderungen! Wenn die Christlichsozialen, Landbändler und das gewerbetreibende Büdchen, das ihnen nachläuft, ihre Forderungen vor und während der letzten Wahl mit den Tatsachen vergleichen, die sie jetzt erlebt haben, so mühen sie sich, wäre noch ein Funken Scham, Moral und politisches Reinlichkeitsgefühl in ihnen, in den letzten Winkel vertrieben. Sie aber, im Gegenteil, brüsten sich noch mit ihren Schandtateln, die sie als nationalpolitischen Erfolg auszugeben wagen und es wird daher wieder eines eifrigeren Besens bedürfen, um diese Gesellschaft in die Markelöcher zu jagen, in denen sie, schon einmal, nach dem Kriegsende, zitternd und schlitternd Untersand gesucht haben. Und weil eben diese bürgerlichen Politiker vor seiner Lüge, vor seiner Entstellung zurückschrecken, weil sie es sicherlich auch bei der Abrechnung, die ihnen unweigerlich droht, auszukneifen, abzulagern, zu beschönigen und schwarz in weiß umzulügen versuchen werden,

müssen die Häufte, die sich ihnen dann entgegenstellen sollen, auch mit jenen Dokumenten bewaffnet werden, die die unersagbaren Tatsachen ihrer Schuld verzeichnen.

Die Schuld, die die deutschbürgerlichen Parteien in Jahrzehnten auf sich gehäuft haben, liegt bergeshoch. In den paar Jahren tschechischer Republik aber ist es ihnen gelungen, ihren eigenen Sündenberg den Hiden jener Tausenden zu entziehen, die der Rebellsteler einer internationalen, aus Besitzgründen scheingegensätzlichen Haltung nicht zu durchdringen vermochten. Bei den Wahlen im November vorigen Jahres erreichte dieser Schwindel seinen Höhepunkt. Dann aber ging die elende Komödie, die sie so lange mit dem subeindeutschen Volke spielten, mit Riesenschritten ihrem Ende zu. Die Klassengegenläufe in der allnationalen Koalition gaben den Deutschbürgerlichen die Möglichkeit, das lang herbeigesehnte, stets verleiugnete, von uns aber stets als Ziel der deutschbürgerlichen Politik erkannte Bündnis mit der Bourgeoisie der anderen Nationen dieses Staates zu schließen und im selben Augenblick warfen sie, die seit Jahren einen noch nicht dagewesenen Schwindel und Betrug mit der deutschen „Volksgemeinschaft“ und „Einheitsfront“ aufgeführt hatten, zum alten Eisen.

psiffen auf nationale und kulturelle Güter, traten die sozialen Forderungen mit Füßen und stürzten sich blindlings in die Arme des „Reichs“, um sich mit ihm in die Güter zu teilen, die man gemeinsam den Arbeitern aller Nationen aus dem Reich schmitt. Innerhalb eines Monats ergab das ein Sündenregister, das mit den unweilst allein angeführten Rollen und der Kongrua keineswegs erschöpft ist.

Da wir aber nicht wollen, daß die gottgegebenen Christlichsozialen, die nicht minder frommen Landbändler und die ehrbaren Handwerksmeister das nächstemal mit einem unvollständigen Wehrgezet um Absolution bitten kommen,

legen wir ihnen hier einen Auszug aus dem Sündenregister vom Juni 1926 vor, von dem die beachtenden Wähler ausgiebigen Ge-

Halte Gericht!

Das Sündenregister der Deutschbürgerlichen!

Ein Auszug aus ihrem Schuldkonto vom Juni 1926.

brauch zu machen sicher nicht versehen werden. Die Landbändler, deutschen Christlichsozialen und Gewerbetreibenden haben in der heutigen Frühjahrsession, des Parlaments für und gegen folgende „Belange“, immer gegen das soziale und nationale Interesse der überwiegenden Mehrheit der tschechischen Bevölkerung gestimmt:

Der Raub am Arbeiter:

Durch Lebensmittelzölle, durch Kongrua, durch Zucksteuer, durch Spiritussteuer.

Gegen das Landvöll:

Gegen alle Anträge jugendsten der Kleinbauern und zwar unter anderem gegen Steuerermäßigungen für Kleinbauern, gegen die Zollfreiheit von Futtermitteln, gegen die Verlängerung des Pächterschutzes, gegen das Verbot des Terminhandels.

Hilfe für die Regierung:

Gegen das Erscheinen der Regierung zur Abgabe einer Erklärung über die Zölle, gegen die Eröffnung einer Debatte über die Erklärung Cernys zu den Polizeibergriffen, gegen die Interpellation über faschistische Umtriebe, gegen die Interpellation über die Sprachenverordnung, gegen die Interpellation über die Autonomie Karpathoruhlands, gegen die Interpellation über die Polizeiübergriffe in Prag, gegen die Interpellation über das Verbot der Matteotti-Feiern.

Zur Verhinderung des Parlamentarismus:

Für die Einschränkung der Redezelt, für eine 48stündige Frist zur Beratung der Kongrua, für die Abstimmungen bloc (Uebernahme aller Verbesserungsvorschläge bei der Zollvorlage, für die Auslieferung von fünf oppositionellen Abgeordneten nach dem Schutzesetz (schon vorher für eine 24stündige Frist zur Beratung des Begehrens).

Gegen die Staatsbeamten:

Niederstimmung aller Verbesserungsvorschläge, auch gegen die von den deutschen Verbänden angehörten, eingebrachten, gegen die Erhöhung der Anfangsgelöhner, gegen die automatische Beitragsrückzahlung, gegen die Gleichstellung der Alpenisotassen, gegen die Einbeziehung der Abgebauten in die Regulierung, gegen die Autonomie der Selbstverwaltungskörper, gegen die Gleichstellung der Kerze mit dem Pfaffen

Sozialpolitische Reaktion:

Für die Verschärfung der Klassenkämpfe, gegen die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung, gegen die sofortige Verlängerung der Bauüberwachung, gegen die allgemeine Sonntagsruhe, **Für den ständigen Militarismus.**

Im Wehransatz des Senats: Verheißung der Beschäftigungsfähigkeit der Ziviler, welche den Antrag auf Erhöhung der Mannschaftsgebühren beraten sollte.

Was diesen 31 Punkten noch nachfolgen wird, wird die allernächste Zeit lehren. Heute kann man schon mit Volleinstimmigkeit sagen: „Es hängt Gewicht sich an Gewicht und ihre Masse drückt sie fast zu Boden.“ Und kein „Linsengericht“, auf das sie lauernd warten, kann ausgiebig genug sein, um ihnen Widerstand zu ermöglichen bei der Abrechnung, die mit Reuehieben gegen sie vorgenommen werden muß, wenn die arbeitende Bevölkerung diesen Gaullern und Geldfahndelern das Handwerk legen will!

Wie es in Italien zugeht.

Rom, Anfang Juli 1926.

Das offizielle Italien legt großen Wert auf den Eindruck, den der reisende Ausländer von Italien empfängt. Wer keinen Reiz mit der Hotelrechnung hatte, gutes Wetter vorband und billige Einkäufe machen konnte, dessen angenehme Eindrücke von der italienischen Reise werden als wichtiges Entlastungsmaterial vorgeführt gegen die Anklage von der Rot des italienischen Volkes unter der faschistischen Krone.

Rum ist ja im Grunde der durchschnittliche Bergnützlichkeitsreisende, ohne ihm zu nahe treten zu wollen, nicht immer die geeignete Persönlichkeit zur sozialen Forschung und Kritik, ein Touristen-Trip durch Italien nicht immer die beste Gelegenheit zu gründlicher Erforschung. Aber das tut nichts. Der Faschismus legt hohen Wert darauf, eine gute Penur von den Ausländern zu bekommen, und ist ihnen besonders dankbar, wenn sie auch noch ein paar abfällige Bemerkungen über die „frühere Wirtschaft“, über Inanspruchnahmen, Bettler und solche liberalen Mißstände hinzusetzen.

Uebrigens liegen die italienischen Mißstände durchaus nicht auf jener glatten Oberfläche, auf der sich die Touristen bewegen. Das Hotelpersonal wird dem Fremden, der meist kein Wort italienisch kann, wohl kaum vorhalten, daß es gelegentlich einen sechsstündigen Arbeitstag hat, daß mit der Abschaffung der freien Organisation jeder wirksame Schutz seiner Interessen weggefallen ist und es keine Garantie dafür besitzt, daß man ihm die 10 Prozent der Trinkgeldablösung wirklich auszahlt. Gewiß merkt auch der Fremde, daß alles sehr teuer ist, besonders, wenn er aus Frankreich oder Belgien kommt, aber er konstatiert gleichzeitig, daß die meisten Italiener gut angezogen sind, besser, als die „armen Leute“ in anderen Ländern. In dieser Beziehung gehört es gewissermaßen zur „nationalen Standesgemäßheit“, wenn der Gouverneur von Rom verordnet hat, daß die Maurer und Maurergehilfen nicht mehr in Hemdsärmeln arbeiten sollen, um die Fremden nicht zu chokieren. Ein Oppositionsblatt hat vorgeschlagen, für diese Arbeiter den Pijama obligatorisch zu machen. Uebrigens gibt der Italiener bekanntlich mehr auf Kleidung als die anderen Völker und spart lieber am Essen und an der Wohnung. Wenn die Ausländer sich die Wohnverhältnisse in den großen Städten ansehen wollten, die Proletariatsviertel, in denen meistens eine ganze Familie auf jeden Raum kommt, würden sie vielleicht den Jammer des Wohlstandes weniger hoch schätzen.

Aber der Kern der italienischen Notlage liegt gar nicht in der Wirtschaft oder liegt wenigstens noch nicht hier. Er liegt in dem tief eingetragenen Bewußtsein der Rechtlosigkeit aller, die nicht der herr-

schaftlichen Partei angehören. Er liegt darin, daß man den Staat und seine Behörden nur rund ausschließend als Sachwalter der Sonderinteressen des Faschismus ansieht. Die Vermengung von staatlichen Organen und Funktionen mit faschistischen Organen und Funktionen zieht sich durch das ganze öffentliche Leben Italiens. Kammer und Senat sind in Ferien, aber der faschistische „hohe Rat“, der nur aus von Mussolini ernannten faschistischen Würdenträgern besteht, berät die Abänderungen des eben erlassenen Reglements für die Durchführung des Gesetzes über die Arbeitersyndikate. Was dieser Rat beschloffen hat, wird durch Igl. Dekret zum Gesetz erhoben, unter Umgehung aller von der Verfassung vorgeschriebenen Instanzen. Andererseits aber ist die Polizei zum Handlanger und Laufburschen des Faschismus geworden. Wird ein Faschist aus seiner Partei ausgeschlossen, so wird er auf die lokale Polizei beschickten und muß dieser, also einer staatlichen Behörde, seine Mitgliedskarte abliefern. Und dafür muß sich dann die faschistische Partei Polizeifunktionen an. In einer Zuteilung im Kreise von Novi Ligure sind am 2. Juli 300 Arbeiter und Arbeiterinnen in Streit getreten, und darauf hat der Faschist des Ortes die Fabrik von der Miliz beschließen lassen, im Einverständnis mit den faschistischen Syndikaten. In Molinella hat die faschistische Miliz 120 Arbeiterinnen der freien Gewerkschaft verhaftet, weil sie Lehren lasen, einem seit Jahrhunderten bestehenden Gewohnheitsrecht gemäß. Man hat die Verhafteten auf zwei Lastautos nach Bologna gebracht, freilich mit dem unerwarteten Ergebnis einer Sympathie-demonstration der Bevölkerung für die Opfer.

Die beständige Vermengung von Parteiorganen und Staatsorganen folgt ganz unvermeidlich aus der zentralistischen Stellung der faschistischen Miliz, die ein Parteiorgan ist und vom Staate bezahlt wird. Wohl sagt man, daß die Miliz dem König Treue geschworen habe, also ein Staatsorgan sei, wie jedes andere, aber das ist eine Entstellung. In Wirklichkeit genügt der Ausschluss aus der faschistischen Partei dazu, die Ausstoßung aus der Miliz herbeizuführen. Die Miliz dient noch heute faschistischen Sonderinteressen. Die Rote von Schwarzehenden, die am 7. April dieses Jahres in die Wohnung des Genossen Modigliani einbrach, die Tür sprengte, Möbel zerstörte, Wertgegenstände wegschleppte und schließlich Feuer anzlegte, war von einem Offizier der faschistischen Miliz in Uniform befehligt. Am 5. Juli hat Mussolini noch ausdrücklich erklärt, daß die Miliz der Verteidigung des Faschismus dient und

not gleichzeitig neue Mittel in Aussicht gestellt, um die Gesellschaft immer besser zu bewaffnen. Und trotz dieses ausgeprägten Prätorianercharakters kann von Gesehemenge keiner in Italien das Recht auf verkürzten Vorkurs erwerben, der nicht die Vorbildungskurse der Miliz durchgemacht hat. Die Miliz ist gleichzeitig die materielle Grundlage des faschistischen Herrschaft, die ohne diesen potentiellen Terror keinen Tag bestehen würde und die unermessliche Quelle der Vermengung von Parteigewalt und Staatsgewalt.

Das Auseinandergreifen widergesetzlicher Partikularien und legaler Amtshandlungen tritt vielfach in greifbarer Weise zutage. Was bei einer politischen Hausdurchsuchung unseres Parteivorstandes beschlagnahmt wurde, sah man tags darauf in einer faschistischen Zeitung veröffentlicht. Natürlich übernimmt die faschistische Partei auf diese Weise die Verantwortung für Dinge, die einer Regierung nicht gerade zur Ehre gereichen. Bei den letzten Bankkrachs, besonders bei dem von Parma, sind hohe Würdenträger der herrschenden Partei wegen gemeinsten Betrugs verhaftet worden. In Maddusa in Sizilien hat man gar den eben genannten „Bodeffa“ (den von der Regierung ernannten Gemeindevorsteher, der an Stelle der wählbaren Stadtverwaltung in allen Orten von über 5000 Einwohnern getreten ist) verhaften müssen, weil er grobkärtige Raubzüge gegen die freilebenden Viehherden der ihm unterstellten Gemeinden und der Umgebung organisiert hatte. Ehe der Mann, ein Rechtsanwalt Sollima, Bodeffa wurde, war er schon der leitende Faschist seines Ortes. Hoffentlich kostet die Verhaftung dem Polizeipräsidenten nicht seine Stellung. Man kann sich denken, wie der Faschist in dem Ansehen der Sizilianer steigt, wenn sich seine Leute der lukrativen Organisation des Viehdiebstahls ergeben!

Besonders hart macht sich der Einfluß des Faschismus in der Rechtspflege geltend. Der Kommunist Buffoni wurde unlängst beim Verlassen des Gerichtssaales in Mantua von Schmarotzern überfallen und mißhandelt, weil er die Preisprechung seines Klienten, eines Kommunisten, erzielt hatte. Die Geschworenen sind beständig den schmerzlichen Bedrohungen ausgesetzt, so daß es in einer kleinen Stadt ganz unmöglich ist, einen Faschisten zu verurteilen oder einen Nichtfaschisten freizusprechen. Lehrreich ist ein Prozeß wegen Ermordung eines dissidenten Faschisten, der sich in diesen Tagen in Vicenza abspielte. Ein dissidenter Faschist, der Kriegswaende Vertua, war von offiziellen Faschisten im Schlaf überfallen und durch Knüttelhebe getötet worden, nicht nur die Schädeldecke, sondern auch die Rippen waren zertrümmert, so daß man die Rippen des Toten auf dem Boden des Zimmers fand. Diese entsetzliche Tat war erfolgt, nachdem Vertua den faschistischen Abgeordneten Barbiellini beurlaubt hatte, eine Expedition von Faschisten nach Mailand gesandt zu haben, um den kommunistischen Abgeordneten Buffoni zu ermorden und ihm Dokumente zu stehlen, an deren Besitz Barbiellini gelegen war. Die Ermordung unterließ, aber der Diebstahl wurde ausgeführt, unter Mitwirkung des Vertua. Auf Grund dieser Tatsachen beantragte der Staatsanwalt von der Kammer die Autorisation zum Prozeß gegen Barbiellini, als Mandanten der Mörder Vertuas. Die faschistische Kammer verweigerte aber die Autorisation, so daß heute der Prozeß verhandelt wurde, ohne daß von dem als Mandanten Bezeichneten gesprochen werden durfte. Alle Angeklagten, bis auf einen, wurden freigesprochen, obwohl sie die Teilnahme an der „Brühele!“ zugegeben hatten; dem Einen wurde die schwere Probation zugesprochen — der Schlafende hatte probiert! — daher ein Jahr Zuchthaus, das die Am-

nestie aufhebt. — In das Schandbuch der italienischen Rechtspflege gehört auch der Prozeß gegen Zaniboni. Es steht nämlich jedes Beweismaterial gegen den General Cappello, der als Freimaurer der Regierung verhaftet ist. Der Minister Federzoni konnte aber mit einem Brief aus Frankreich aufwarten, in dem Cappello aufgefördert wird, das Kommando der antifaschistischen Brigaden anzutreten. In der Tat ist es äußerst wahrscheinlich, daß beide, wie Cappello, die genau wissen, daß ihnen jeder Brief von der faschistischen Zensur geöffnet wird, sich derartige Aufforderungen durch die Post zugehen lassen!

Jetzt gefüllt sich nun zu dem vielschichtigen moralischen Notstand, der durch das allverbreitete Spitzsystem noch vermehrt wird, die Wirtschaftskrise hinzu, die allerdings ein Rückschlag der allgemeinen europäischen Krise ist, aber in Italien durch die völlige Wehrlosigkeit des Proletariats eine besondere Gestalt annimmt. An ihr wird durch die Regierung, die unter dem Einfluß der Unternehmer steht, herumgedokkelt, wobei man von der törichtsten Ansicht ausgeht, daß das Proletariat, wenn es sich nur genügend Kosten aufsparen läßt, der Nation über die Krise hinweghelfen kann. Diese Auffassung ist im Allgemeinen falsch, aber doppelt falsch für Italien, dessen Krise zum nicht geringen Teil durch die sinkende Kaufkraft seines inneren Marktes verschuldet ist. Was nützt es einem Lande, das seinen Absatz für seine Produkte hat, wenn es seinen Arbeitern schlecht bezahlte Ueberstunden abdrückt? Dadurch, durch die berühmte „neunte Stunde“, glaubt man, die italienische Produktion derart verbilligen zu können, daß sie die Produktion der anderen Länder auf dem Weltmarkt verdrängt. Denselben Zweck, der Verbilligung der Produktion, soll weiter die Einrichtung von Verkaufsstellen für Lebensmittel dienen, die die Regierung den Unternehmern empfiehlt, um die Arbeiter billiger zu verkaufen. Und die Unternehmer sollen das nicht nur aus Eizensüchte tun, sondern sie werden einen sehr legitimen und sofortigen Vorteil davon haben. Die Preise, zu denen sie den Arbeitern die Lebensmittel anbieten, sollen nämlich für die Berechnung der Teuerungszulage zugrunde gelegt werden. So will man, durch ein Einverständnis zwischen Staat u. Unternehmer — denn die Arbeiter haben keine Interessensvertretung — eine rationelle Wirtschaft schaffen, die billiger produziert und dadurch die internationale Konkurrenz aussticht. Man will das tun, ohne die Arbeiter zu befragen, durch eine despotische Organisation der Produktion, um sich als internationale Handelsmacht durchzusetzen. Aber die technischen Voraussetzungen eines solchen Versuches lassen sich nicht improvisieren. Die italienische Regierung wirft mit der Wurst nach der Speckseite, mit der Wurst des inneren Marktes nach der Speckseite des auswärtigen Absatzes. Der innere Markt wird sicher leiden, so man aber den Weltmarkt erobert, steht sehr dahin.

Aus all dieser Unklarheit und Verfahrenheit, die die bestehenden Defekte nur verschlimmern, entsteht heute die Krisenstimmung, die noch schwerer und labmer ist als Markt und Börse. Das Volk hat kein Vertrauen zum heutigen Regime, und die internationale hat es auch nicht, trotz der leidenschaftlichen Sympathie für die Knüttelmethoden. Daneben Unfrieden der Faschisten im eigenen Hause. Farinacci will einen proletarisch-antifaschistischen Faschismus zu Ehren bringen, der Innenminister Federzoni und der Justizminister Rocco einen aristokratischen, salonfähigen, weiswässrigeren. Zwischen beiden soll der Duce entscheiden, und der wartet ab, wer besseres Rahmwasser hat. Und inzwischen steigt der Wechsel, die Lira fällt und dem Touristen, der Italien bereist, gefällt das Land immer besser. . . .

Aus dem Titel des von Richard Brandel.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Verkommen

50 Von Jiri Haußmann.

Artikel 2: Jede der Mächte, der im zweiten Teile des Artikels 2. Kapitels III dieses Vertrages eine bestimmte Interessensphäre zugewiesen wurde, ist berechtigt, in diesem Schutzbereich für die Dauer von fünfundsiebzig Jahren ein angemessenes Kontingent eigener Okkupationstruppen zu stellen, für deren Bewaffnung, Verpflegung und Unterbringung die Regierungen von Utopien zu sorgen haben.

Artikel 3: Es wird ausdrücklich die Möglichkeit von Repressivmaßnahmen in Erinnerung gerufen, die im Artikel eins des dritten Kapitels und im zweiten Teile des vierten Kapitels angeführt sind.

Die Demütigung der Staaten von Utopien war eine vollkommene: Sie arbeiteten schwer, sie arbeiteten bis zur Erschöpfung, sie führten die Früchte ihrer Mühe ab — unbekannt wohnt: vielleicht nach England, vielleicht nach Berlin, vielleicht nach den Karawansarais Inseln. Aber eben diese intensive Ausdauer gestohlene ihre Lage weniger verzwweifelt, ja, sie erwartete beim hohen Rote der Signalarmschiffe gewisse Befürchtungen. So sprach angeblich ein führender, amerikanischer Diplomat in einer vertraulichen Unterredung die Ueberzeugung aus, daß sich das Land in fünfzig oder höchstens hundert Jahren nicht nur von diesen Schlägen ganz erholen, sondern mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung der ganzen übrigen „Abermilitarisierten“ Welt den Vorrang ablaufen werde.

Auch in der geschichteten Bevölkerung klingen mit der Zeit neue Hoffnungen, da in ihr der

feste Glaube an die kommende nationale, politische und nomenklisch soziale Befreiung niemals ganz erlosch. Allerdings dürften solche und ähnliche Gedanken nicht laut ausgesprochen werden, denn sie bilden den Tatbestand des § 65, Abs. c) des Hofdekretes vom 28. Juli 1784, S. d. G. u. V., Nr. 369.

Epilog.

Der große Tonangebende: „Gehörter Herr, als erfahrener Mann, der durch die Schule des Lebens gegangen ist, rate ich Ihnen aufrichtig: Geben Sie die Schriftstellerei auf.“ — Verzweifeln Sie nicht, Sie sind noch jung, haben vielleicht andere Talente; Sie können es in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Handel zu etwas bringen. . . . Sie wissen gar nicht, wie sich eine ruhige Kleinarbeit für die eigene Nation begünstigen kann. . . . aber der Literatur geben Sie auf hundert Meilen aus dem Wege!

Der Verfasser: Der Roman gefällt Ihnen also nicht, verehrter Meister. . . .

D. g. L.: Gefällt mir nicht? Ich finde ihn geradezu abfesselnd, wertlos, abfesselnd! Abgegeben von der ärgerniserregenden Tendenz — seien Sie ohne Sorge, ich frage nicht darnach, wieviel diabolische Ohrgebänge Sie dafür aus Moskau bekommen haben — abgesehen also von der Tendenz, muß man schon die Form allein, oder besser gesagt, die Formlosigkeit Ihres Romans verwerfen. Sie selbst haben ihn ja ziemlich treffend einen Roman wider jedes Verkommen genannt (übrigens der einzige gelangene Ausdruck in Ihrem ganzen Buche), aber Sie haben vergessen, daß auch jede Regelwidrigkeit ihre Grenzen hat, ihre verzwünftigen engen Grenzen. Es war immer schon verdienstvoll und wird es bleiben, an dem Bestehenden nur ein klein wenig zu ändern, irgend eine unbedeutende Verbesserung anzubringen, als der Originalität à tout prix nachzugehen.

Sehen Sie mal, Marx z. B. hat es nicht einmal zum Doktor gebracht, während Professor Dr. Grubelmeyer, der einige Sätze seiner Theorie vom Mehrwert kritisch untersuchte, heute der Stolz der Heidelberger Universität und der deutschen Wissenschaft überhaupt ist. Wenn Sie aber schon etwas wider alles Verkommen schreiben und Ihrem Werk um jeden Preis einen sozialen Anstrich geben wollten — und das wollten Sie doch?

B.: In gewissem Sinne vielleicht, d. h. . . .

D. g. L.: Na, sehen Sie! Sie hätten ihn also sozialen Anstrich geben können, sei es durch die Liebe der Miß Worte zu einem einfachen Arbeiter, oder dadurch, daß Sie Agroparas sein Vermögen unter die Armen verteilte, oder durch die Erfindung künstlichen Brotes durch Ingenieur Exzessor oder so ähnlich — darin wäre sicher etwas Originelles gewesen und der traditionelle Aufbau eines Romans unangestoßener gelitten. Auch die Handlung hätte sich natürlicher abgepielt, siehe man nicht auf derartige logische Sprünge und psychologische Unwahrscheinlichkeiten. . . .

B.: Dessen bin ich mir bewußt, verehrter Meister, aber mir war es nicht so sehr um die Handlung zu tun, auch nicht um logische oder psychologische Gelassenheit — die Handlung diente mir sozusagen als Gerippe einerseits jener, wie Sie sich selbst ausdrücken beliebigen, ärgerniserregenden Tendenzen, andererseits alles dessen, was man als Humor oder Satire bezeichnen könnte.

D. g. L.: Humor? Hahaha! Gehörter Herr, wenn Sie Humoresken schreiben wollen, dann lösen Sie zuvor unsere Klassiker, z. B. Tama „Aus böhmischen Wäldern“, den Venouel Dolej!*)

oder überhaupt etwas aus der unübertrefflichen Bestmöglichen Sammlung! Und Satire? Die Satire ist überhaupt kein Kunstwerk! Ich fabriziere Ihnen hundert Satiren im Tag!

B.: Ich weiß, Meister, wenn Sie wollten, könnten Sie nicht nur einen unergiebigen Roman schreiben, sondern irgend ein beliebiges literarisches Kunstwerk vom Gelderepos bis zum kollektivistischen Drama!

D. g. L.: Freilich könnte ich das, wenn ich wollte! Und wie! Was hätte ich z. B. aus Ihrem Maquwerk da geschaffen! Wie tief wäre ich in den Charakter des Agroparas eingedrungen! Mit welcher erotischen Leidenschaft hätte ich die Wüstlingsneigungen seines Sohnes ausgeschmückt! Und wie viele Möglichkeiten hätte mir die rätselhafteste Gestalt des Fabricius geboten! Wie oft hätte ich meine Feder in großartigen Schilderungen der Narrschnecken von Utopien ausschweifen lassen! Umsonst reden! Sie, gehörter Herr, sind ein trockener Chailier, der keinen Sinn hat für. . . .

B. Ich beuge mich schweigend Ihrem Urteil, verehrter Meister, und gebe ruhig die Verlosigkeit meiner Leistung zu. Aber. . . wenn man das Ding von allen Seiten betrachtet. . . Sie kennen doch die Einzelheit der Menschen. . . Nieß es sich nicht trotzdem nachträglich noch irgendetwas. . . Überarbeiten? . . .

D. g. L.: Haha! Jetzt wenn ich es in die Hand nähme! Aber Sie werden wohl zugeben, daß ich mich nicht ausschließlich mit der Verbesserung von Arbeiten unreifer Nach-Literaten abgeben kann!

(Schluß folgt.)

*) Beles eines Schaffungen in der Art der „Sausubergschichten“ von Thoma“, (A. b. Ue.)

Inland.

Gajda und sein Ende.

Was geht mit Gajda vor? — Die mysteriöse Erklärung des Verteidigungsministeriums.

Die gestrige Erklärung des Verteidigungsministeriums, Gajda sei auf Urlaub geschickt worden, damit in Ruhe und ohne Nachteil auf den amtlichen Gang in vertraulicher Weise die Aufschuldigungen ermittelt werden könnten, die in letzter Zeit gegen ihn erhoben worden sind, haben zur Beruhigung der Öffentlichkeit nicht nur nichts beigetragen, sondern das Rätselraten um Gajda vergrößert. Der Verteidigungsminister hat sich nicht gerade als geschickter Diplomat erwiesen.

Man überlege nur, was eigentlich geschehen ist. Der Generalstabschef eines Staates wird plötzlich auf Urlaub geschickt, ohne daß man erfährt, warum. Innerpolitisch hat ja Gajda durch sein offenkundiges Favorisieren des Faschismus mehr als genug auf dem Herdholz um diesen Schritt zu rechtfertigen, und die Beseitigung des politisierenden Generals vor dem bevorstehenden vollen Posten des Führers der Armee ist ja mit Recht von den sozialistischen Parteien wiederholt energisch verlangt worden. Aber um innenpolitische Vorurteile zu heilen, es sich hier wohl kaum. Wenigstens tauchten sofort alle möglichen Gerüchte auf, Gajda habe sich während seines Aufenthaltes in der Kriegsschule in Paris vor wenigen Jahren mit den Bolschewiken eingelassen, ihnen französische Pläne geliefert usw. Gegen einen Generalstabschef wird in der Öffentlichkeit die Beschuldigung erhoben, daß er Spionage betreibt!

Und was sagt das Verteidigungsministerium dazu? Es hält sich die längste Zeit in Schweigen und gibt dann eine nichtssagende Mitteilung heraus, worin angegeben wird, daß gegen Gajda eine Untersuchung eingeleitet und er deshalb vom Dienste suspendiert wurde, aber nicht die leiseste Andeutung gemacht wird, was gegen Gajda eigentlich vorliegt. Gajda hat indessen ruhig zu Hause in Budapest, läßt sich interviewen und freut sich über dieses „stillsich wachsende Interesse an der Wehrmacht“.

Man steht da vor einem komplexen Rätsel; man stelle sich vor, im alten Oesterreich wäre Hörsing unter geheimnisvollen Umständen auf Urlaub „gegangen worden“ und die Presse hätte mehr oder minder offen von Spionage gesprochen. Oder in Frankreich wäre dieselbe Geschichte jetzt mit Koch passiert! Es ist ja sicher begründbar, daß das Verteidigungsministerium auch gegen den faschistischen Nationalhelden Gajda einschreiten sich getraut, wenn begründete Anschuldigungen gegen ihn vorliegen. Aber dann hätte es die Pflicht gehabt, energisch durchzugreifen und die Öffentlichkeit nicht mit solchen nichtsagenden Ausflüchten hinzuhalten. So ganz auf bloßen Tratsch hin wird man Gajda nicht auf Urlaub geschickt haben; es müssen doch ganz konkrete, dem Ministerium genau bekannte und nicht schon auf den ersten Blick als unzulässig erkannte Beschuldigungen vorliegen. Wenn sich also das Ministerium zu einem Einschreiten entschlossen hat, dann hätte es ganz energisch durchgreifen und Herrn Gajda wie jeden anderen spionagerdächtigsten Offizier hinter Schloß und Riegel setzen müssen; das gleiche, wenn es sich um unerlaubte Verbindungen mit inländischen Faschisten handeln sollte, die fast noch einem verfassungswidrigen Versuch ausstehen. Aber ihn halb abzulassen, dadurch eine politische Affäre von ungewöhnlichem Ernst hervorzuheben und die ungeländliche Untersuchung gegen ihn so lax zu führen, daß er sich in Interviews über die ganze Geschichte noch lustig machen kann, das war ein schwerer Mißgriff des Verteidigungsministeriums. Andererseits hat die nationaldemokratische Presse jetzt die schönste Gelegenheit, aus dem armen, unschuldigen Gajda den großen Märtyrer zu machen und für den Faschismus weiter kräftig zu agitieren. Daß sich gleichzeitig die kommunistische Presse diese schöne Gelegenheit entgehen läßt und sich in der ganzen Affäre eine geradezu auffallende Zurückhaltung auferlegt, vergrößert noch den Spielraum für die vielen Kombinationen, die im Umlauf sind.

Soll man und darf es nicht weitergehen. Gajdas bisherige hässliche Spielereien genügen vollkommen, um sein weiteres Verbleiben auf dem Posten des Generalstabschefs unmöglich zu machen; dazu sind keine weiteren vertraulichen Untersuchungen nötig. Hat er darüber hinaus eine strafbare Handlung begangen, so gebe man gegen ihn vor wie gegen jeden anderen und eröffne gegen ihn eine rechtliche Untersuchung ohne Rücksicht auf seine Generalstabschene. Auf keinen Fall aber darf man der Öffentlichkeit zumuten, daß sie sich mit derartigen Veröffentlichungen wie die gestrige Erklärung des Verteidigungsministeriums zufrieden gebe. Zu verderben ist nichts mehr; daß der Generalstabschef der Tschechoslowakei in eine nicht ganz einwandfreie Geschichte verwickelt ist, wissen heute die Spagen auch schon in Paris und London; der einzige Grund, um aus dieser für das „Brotkrumen des Staates“ nicht sehr zuträglichen Geschichte heranzukommen, ist der, daß man der Öffentlichkeit ebensowenig bekannt gibt: Gegen den Generalstabschef Gajda sind diese und diese Beschuldigungen erhoben worden, die erst geprüft werden müssen; besteht eine Verdunkelungsgefahr, so zeige man

Die Hitlerbande und die „Münchener Post“.

Die Halenkrenz-Bandalen zum Ersah des Schadens verurteilt.

Berlin, 14. Juli. (Eigenbericht.) Am 8. November 1923 wurde das Gebäude der sozialdemokratischen „Münchener Post“ von einem Hitler-Stoßtrupp gestürmt und die innere Einrichtung in bandalischer Weise zerstört. Dieses Vergehen hat keine strafrechtliche Sühne gefunden, weil das Gericht den Angeklagten den guten Glauben (!) zubilligte, daß sie damit nur den Befehl einer rechtmäßigen (!) Behörde ausführten, als die sie die neuen Gewaltshaber ansehen mußten (!).

wenigstens durch sofortige Isolierung des Generals, daß es den Behörden mit der Aufdeckung des Falles ernst ist. Auf keinen Fall aber spiele man weiter Verstecken wie bisher, denn dadurch ist niemandem gedient. Nicht nur der Öffentlichkeit gegenüber, sondern in erster Linie auch sich selbst zuliebe hat das Verteidigungsministerium nunmehr die selbstverständliche Pflicht, ohne jedwede Rücksicht auf die Person den mysteriösen Fall Gajda unerbittlich völlig aufzuklären!

Der mißlungene Börsenbetrug der Zollparteien.

Noch eine Verhätigung des infamen Schwindelversuches.

Wir haben uns schon wiederholt mit dem aus der Angst und dem Schuldbewußtsein der Deutschbürgerlichen geborenen Versuch dieser Kreise befaßt, durch das Gesdwinde von der „getrockneten“ Spekulation die Verantwortung für die Preissteigerung von sich abzuwälzen, die ja mit den Zöllen zwangsläufig verbunden ist. Darauf zielte auch das christlich-soziale Flugblatt ab, mit dem wir uns vor einigen Tagen beschäftigten, und das die unrichtige Behauptung enthielt, der Direktor der tschechischen Groß-einkaufsgesellschaft Lustig hätte im Börsenrat gegen eine Ermäßigung der Weizen- und Kornpreise Stellung genommen, um den Großspekulanten zu Hilfe zu kommen. Da christlich-soziale und laubbändlerische Schreiber mit dieser gemeinen Verleumdung immer wieder wenigstens einen Teil ihrer verlorenen Verteidigung zu bestreiten trachten, muß auch immer wieder die Wahrheit festgestellt werden, daß die tschechischen und deutschen Zollparteien am Tage der Zollverhandlungen die Preisnotierungen im Protokoll entgegen den Tatsachen künstlich und fälschlich niedriger festhalten wollten, um so einen „Beweis“ zu konstruieren, daß die Zölle auf die Preisbildung nicht ungünstig, das heißt steigend einwirkten. Gegen diesen unverschämten Beirug nun, der das Sündenregister der Deutschbürgerlichen noch um einen weiteren, sehr schwarzen Punkt vermehrt, und sie als krupellose Schwindler entlarvt, hat damals der Direktor Lustig von der tschechischen Groß-einkaufsgesellschaft, ein tschechischer Sozialdemokrat, Stellung genommen und ihn verurteilt. Es ist eine geradezu beispiellose Unverschämtheit, wenn die Christlichsozialen jetzt, anstatt zu schweigen, noch Kapital aus der eigenen Schuld zu schlagen versuchen, indem sie durch die Verleumdung des Verhinderers dieses Schwindels den sozialistischen Parteien eine Schuld andichten wollen. Das wird ihnen aber keineswegs gelingen, und zur Festhaltung des allerdings mißlungenen Schwindelmanövers dürfte wohl auch folgender Brief beitragen, den die Redaktion des „Sozialdemokrat“ gestern von Direktor Lustig erhalten hat. Der Brief lautet:

Werte Redaktion!
In der Ausgabe des „Sozialdemokrat“ vom 13. Juli lese ich Ihren Aufsatz „Christliches Flugblatt“ — „Christliches Flugblatt“. Sie haben die ganze Sache vom richtigen Standpunkte hergeleitet und charakterisiert.
Die ganze Angelegenheit ist mir wohl bekannt aus dem ganzen Umlaufe der internationalen Zollkongresspresse, die sich in der lägenhaften Bekämpfung der Arbeiterinstitutionen so krüderlich gefiebt, denn die tschechische Presse der Nationaldemokraten, der Agrarier und der tschechischen Sozialisten hat bereits seit Wochen diese Lügen aufgestellt und es wurde wiederholt widerlegt, daß ich in der betreffenden Sitzung der Zollkongresskommission für höhere Preise gewirkt hätte. Im Gegenteil wurde auch von Ihnen ganz klar und deutlich festgestellt, daß der Zweck meines Vorganges war, den ganzen bürgerlichen Schwindel, der ebenfalls auf der Waise aus „bekannten Gründen“ aufgerollt wurde, aufzudecken. Dies ist vollkommen gelungen, denn eine Woche später, da die Zölle bereits „in der Tasche“ waren, sprangen die Weizen- und Roggenpreise hinauf, um die formell und künstlich am Papier aufgehaltene Steigerung weizumachen. Der Zweck war, der ganzen Öffentlichkeit während der parlamentarischen Zollverhandlungen Sand in die Augen zu streuen und zu beweisen, daß die Zölle keinen Einfluß auf die Preisgestaltung üben, im Gegenteil, daß die ganzen Zollverhandlungen eher auf die Herabsetzung der Preise einwirkten.
Dieser ganze Usurp wurde von der Presse gebrandmarkt und das, was während des folgenden Monats geschah, ist, bürgt genkend dafür, daß unsere Auffassung über die ganze Zollkongressangelegenheit richtig war. Ich habe das gemacht, was Pflicht war, daß ich nicht ruhiger Zuschauer war in der Zeit

Auf die Zivillage des Verlaßes wurden jedoch jetzt 20 Angeklagte, darunter ein Fabrikant und ein Stadtrat, zum Ersah des Schadens verurteilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen, darunter ein Kriminalbeamter, der erst nach der Zerstörung in das Gebäude gekommen war, um im Auftrag des zum Polizeipräsidenten ernannten Pöhner polizeiliche Akten im Büro des Landtagsabgeordneten Kuer zu beschlagnahmen.

no unsere politischen Exponenten im Parlamente hart gelämpft haben und daß ich den christlich-jüdischen internationalen Börsenkonkurrenz zeigte, daß es nicht angeht, auf so eine plumpe Weise die Öffentlichkeit zu hintergehen.

Ich bitte diese Mitteilung als Ergänzung Ihrer Nachricht freundlichst zur Kenntnis zu nehmen und zeichne

Emil Lustig

Direktionsvorsitzender der Groß-einkaufsgesellschaft der Konsumgenossenschaften in Prag-Korlin, Prag, den 14. Juli 1926.

Wir sind diesem Ersuchen um Abdruck dieses Schreibens um so lieber nachgekommen, als es das Wesen dieser „Christlich-jüdischen internationalen Börsenkonkurrenz“, in aller Deutlichkeit enthält und ein authentisches Dokument zu dem frechen Betrugsmanöver darstellt, das die Politik der Spina, Marx-Haring und Konfanten von ihrer schönsten Seite zeigt.

Das Außenministerium soll einschreiten.

Bürgermeister Pil-Pilfen fordert Schutz gegen die ständigen Angriffen in der italienischen Presse.

Die die heutige „Nova Doba“ berichtet, hat der tschechisch-sozialdemokratische Abgeordnete und Bürgermeister von Pilfen, Lubel Pil, an das Außenministerium ein Schreiben gerichtet, in dem er verlangt, daß das Ministerium bei der italienischen Gesandtschaft gegen die Art protestiere, wie in der offiziellen italienischen Presse Pil in seiner Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Pilfen beleidigt wird.

Die Vorgeschichte der italienischen Hetze gegen Pil, die von der hiesigen nationaldemokratischen Presse mit besonderer Freude aufgenommen und ausgebeutet wurde, ist bekannt. Pil hat in seiner antifauchistischen Protestversammlung, die in Pilfen am 3. Juni stattfand, eine ziemlich scharfe Rede gegen den einheimischen und auch gegen den italienischen Faschismus gehalten und dabei auch die Wendung gebraucht, daß „nur Analphabeten und kranke Leute solche Mittel bei uns anwenden könnten.“ Wegen dieser Rede Pils und ähnlicher Äußerungen Soutaps fandte die italienische Gesandtschaft dem Außenministerium eine Protestnote. Jemlich gleichzeitig tauchten auch in der nationaldemokratischen Presse scharfe Angriffe gegen Pil auf, dem man vorwarf, daß er durch seine Rede das Verhältnis zu Italien sehr verschlechtert habe. Auf eine Intervention des bevollmächtigten Ministers Dr. Cirsa erklärte Pil, er habe mit größter Entschiedenheit die faschistischen Methoden kritisiert, aber keinesfalls das italienische Volk beleidigt; in diesem Sinne wurde auch vom Außenministerium die Antwort an die italienische Gesandtschaft abgefaßt.

Die Hetze der Nationaldemokraten ging aber lustig weiter und erreichte ihren Höhepunkt, als Italien, angeblich wegen der ungenügenden Satisfaktion, die Beteiligung am Zollkongress ablehnte. Auch die italienische offizielle Presse hegte gegen Pil in allen Tonarten weiter.

Pil weist nun in seinem Schreiben darauf hin, daß er nicht als Privatperson, sondern in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Pilfen von der italienischen Presse beandigt angerepelt werde, und fordert vom Außenministerium ein Einschreiten bei den italienischen Behörden.

Die „Narodni Listy“ setzen auch heute, ohne von diesem Schritt Pils Kenntnis zu nehmen, ihre Kampagne gegen ihn mit allen Mitteln fort und fordern ihn auf, die Verwaltungsstelle der Stadwerke zurückzugeben; seine Rede habe angeblich bewirkt, daß italienische Bestellungen für die Stadwerke sistiert worden seien. Dabei scheuen sich die „Narodni Listy“ nicht, Beschreibungen von den märchenhaften Einkünften Pils als Verwaltungsrat der Stadwerke zu erzählen, obwohl längst festgestellt wurde, daß Pil als Vertreter der Stadt Pilfen im Einverständnis mit der Arbeiterkassette in den Verwaltungsrat entsendet wurde und seine Einkünfte aus diesem Titel zur Gänze wohltätigen Zwecken widmet.

Wenn Dr. Aramaß den Sowjetvertreter offen brüßelt und mit ihm nicht einmal an einem Tisch sitzen will, wenn die ganz nationaldemokratische Meute dann spaltenlang sich über die „unerhörte Provokation“ entristet, daß der Sowjetvertreter von der offiziellen Tribüne den Zollkongress zusah, dann ist dies in vollster Ordnung. Gegen die Sowjets zu hetzen, das ist ein unantastbares Privileg der „Narodni Listy“, die Methoden des Faschismus nur im geringsten zu kritisieren aber ein Staatsverbrechen. So logisch sind die Hetzen aus der Mariengasse.

Sowjetrussische Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Gen. M. Abramowitsch (Prag) schreibt in einem ausführlichen Artikel der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau u. a.:

Der Leidensweg der russischen Genossenschaften.

Eine Meldung ging neulich durch die russische Presse:

„Der Rat der Volkskommissare der Russischen Soz.-Föder. Sowjetrepublik (Großrussland) hat allen untergeordneten Behörden vorgeschrieben, dafür zu sorgen, daß künftighin jegliche administrative Einmischung in die Tätigkeit der Genossenschaftsorganisationen unterbleibe; ferner wird die behördliche Befähigung der in leitende Stellungen gewählten Genossenschaftsfunktionäre abgeschafft; die Namenlisten der Verwaltungsmitglieder sollen von nun an bloß der Sicherinspektion und den Kreisräten zur Kenntnis gebracht werden.“

Wer den Leidensweg der russischen Genossenschaften kennt, der wird sich über den Wortlaut der angeführten Meldung nicht wundern, einen Wortlaut, der auf den europäischen Genossenschaftler geradezu befremdend wirken muß.

Ein allen Schikonen trotzendes Bollwerk der Demokratie und der freiorganisierten gesellschaftlichen Selbsttätigkeit unter dem absolutistischen Zarenregime, zu einem wahrhaft mächtigen gesellschaftswirtschaftlichen Faktor während der Kriegsjahre 1914 bis 1917 emporgekommen, wurden die russischen Genossenschaften nach dem bolschewistischen Novemberumsturz zuerst als „Republikanisches Komitee“ zertrümmert, ihrer freigewählten Führung, ihres Selbstbestimmungsrechts, ihres Organisationsapparats und schließlich auch ihres gesamten Kollektivgenietums beraubt — kurz: bis auf den Grund zerstört. Da nun aber das unsägliche Wirtschaftskleid des „Kriegskommunismus“ und ihre eigene totale Unbeholfenheit den bolschewistischen Machthabern es ratham erscheinen ließen, sich dennoch des genossenschaftlichen Apparats als eines „Notbehelfs“ zu bedienen, so wurde dieser den dikatorisch von oben eingeleiteten, lediglich den Partei- und Regierungsinstanzen, nicht aber den Genossenschaftsmitgliedern gegenüber verantwortlichen Beamten unterstellt, die Mitgliederbeiträge abgeschafft, dafür aber die Zwangsmittelbeschaffung eingeführt, und die Genossenschaft selbst wurde somit in das Gegenteil dessen umgewandelt, was sie ihrem Wesen nach normalerweise ist: in eine Art von behördlicher Instanz zur Organisation des Konsums.

Und nun kam die Rehrseite der unausbleiblichen Auswirkungen einer derartigen Politik zum Vorschein: Die Millionen zwangsweise eingeschriebenen Mitglieder waren nun einmal da, und allein schon kraft dieses ihres Daseins wuchsen heran und erstarkten die eigenen und eigentlichen Lebensbedürfnisse der russischen Genossenschaften. Mit der „neuen Wirtschaftspolitik“ der Sowjets (1921) beginnt nun der überaus jähe Kampf zwischen dem immer aktiver werdenden Genossenschaftsleben mit seinen Erfordernissen und der würdigen Doktrin der Sowjetdiktatoren. Die Auswirkungen, welche diese Doktrin in dem unter Zwangsleitung der absolutistisch regierenden Partei stehenden, vom Sowjetstaate ausgehaltenen „Genossenschaft“-Apparat zeitigte, waren (und sind heute noch):

1. Schönder Neberformalismus, Bureautätismus und Korruption in allen ihren Formen.
2. Die absolute finanzielle Abhängigkeit der Genossenschaften vom Staate.
3. Zählung der eigentlichen sozialwirtschaftlichen Funktion (wirtschaftliche Impotenz) der Genossenschaften.
4. Staatswirtschaftliche Funktion an Stelle der genossenschaftlichen.

Die Folgen dieser zwangsweisen Umstellung der russischen Konsumgenossenschaften waren sehr verhängnisvoll. Das Jamarheft des Konsumgenossenschaftlichen Hauptorgans („Sojus Protreditelej“) Nr. 1, Januar 1926, S. 42) erzählt einiges aus den Ergebnissen einer speziellen amtlichen Untersuchung der Zustände in den Genossenschaften:

„Die Untersuchung hat erwiesen, daß eine innere genossenschaftliche Preis- und Aufschlagskontrolle in vielen Bezirken zwar funktioniert und bisweilen recht intensiv — in den meisten Fällen jedoch dort ungenügend organisiert ist. Auf diesem Gebiete steht uns noch viel Arbeit bevor... Die örtlichen Konsumgenossenschaften haben sehr oft unter der allzu feindlichen und nicht genügend elastischen administrativ-antlichen Preis- und Aufschlagsregelung zu leiden — einer Regelung, die bisweilen ohne genügend tätige Mitwirkung der Genossenschaften selbst, und ohne die Interessen des gesamtgenossenschaftlichen Umfanges zu berücksichtigen, durchgeführt wird... Die Untersuchung hat ferner ergeben, daß die Rechnungs-, Kalkulations- und Preisbestimmungs-technik in den meisten Fällen sich in einem unbefriedigenden Zustande befindet, und ihre nachträgliche Verbesserung seitens der genossenschaftlichen Zentralstellen erforderlich macht.“

Man könnte der Wunden noch unendlich viele aufzählen, die der bolschewistische Absolutismus den russischen Genossenschaften geschlagen hat. Allein, die bisherigen Ausführungen dürften schon

ausreichend genügen, um erkennen zu lassen, wie sehr das Genossenschaftsleben in Rußland unter den Schlägen des Diktatorregiments leidet, und wie jäh der Lebenskampf der Genossenschaftsbewegung dort doch sein muß, wenn diese, allem Unbill zum Trotz, nicht nur sich behaupten kann, sondern der Sowjetregierung auch noch immer weitere Konzessionen abringt. Rummel soll durch den oberwähnten Regierungsbeschluss die vor zwei Jahren nur nominell zugeordnete Selbstständigkeit der Genossenschaften auch Wirklichkeit werden. Allerdings: noch ist es nur ein Beschluss der Großrussischen Sowjetregierung, noch ist es fraglich, ob

die Zentralregierung der Union den gleichen Beschluss sich zu eigen machen wird; auch kann er noch von „höherer Gewalt“ umgeworfen werden und gar nicht erst zur Anwendung kommen, oder seine Anwendung auf einige Zeit hinausgeschoben werden. Daß aber ein solcher Beschluss von der Regierung der größten Republik der Sowjetunion überhaupt gefaßt werden konnte und mußte — diese Tatsache besagt allein schon mit aller Evidenz, daß die russische Genossenschaftsbewegung auf dem kampfschwereren Wege zu ihrer Freiheit ein beträchtliches Stück vorwärts gekommen ist.

Die Geldquellen der Christlichsozialen.

Die christlichen Bekämpfer des jüdischen Bankkapitals lassen sich von eben diesem aushalten. — Die österreichischen Christlichsozialen haben von dem Herren Braun-Stammfest 140.000 Kc Wahlgelder erhalten!

Wenn den liberalen Volksheträgern das Wasser bis an den Hals reicht, das heißt in der gegenwärtigen Situation, wenn die Getreidepreise steigen, wenn die Agrarier sich mästen und die Massen hungern, dann senden ihnen seit Menschengedenken der heilige Geist, mit dem sie auf so vertrautem Fuße stehen, einen einzigen Gedanken, eine Anrede, die vielleicht nur deshalb immer noch bei manchen Leuten verfangt, weil sie so uralt ist, daß man sich nicht ausdenken vermag, sie werde immer und immer wieder aus langem Nachdenken geboren. Das Getreide wird nicht durch die Jölle, sondern durch den jüdischen Zwischenhandel verteuert, den oder bekämpfen die Christlichsozialen und darum sind sie die wahren Volksgelücker. Es ist in Wahrheit damit so, daß Jölle und Zwischenhandel das Brot verteuern, daß aber Agrarier und Händler einander immer wieder in die Hände arbeiten, solange sie von agrarischen und vor allem von christlichsozialen Politikern vertreten werden. Denn wie diese den jüdischen Handel, das jüdische Bankkapital bekämpfen, das zeigt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit ein Polizeiprotokoll, das in der letzten Sitzung des österreichischen Nationalrates von Genossen Dr. Eisler verlesen wurde. Das Protokoll wurde im Verlaufe eines Verfahrens aufgenommen, das gegen den jüdischen Großhändler Dr. Braun-Stammfest im Gange war und das anscheinend dann eingeschlafen ist (oder eingeschläfert wurde), was bei den Beziehungen des Braun-Stammfest nicht weiter zu verwundern wäre. Das Dokument lautet:

größtenteils zu Parteizwecken gegeben wurden und die unter dem Namen Braun-Stammfest-Konzern ausgegeben wurden.

So erhielt die christlichsoziale Partei in der Wahlzeit nachstehende Beträge von mir überwiefen:

- 100 Millionen Kronen zu Händen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Seipel;
- zirka 100 Millionen Kronen zu Händen des Herrn Sektionschefs Karl Pittner;
- zirka 50 Millionen Kronen zu Händen des Herrn Nationalrates Eduard Heini;
- zirka 30 Millionen Kronen zu Händen des Herrn Dr. Schumpeter;
- weitere 100 Millionen Kronen zu Händen des Herrn Abgeordneten Berdik für seinen eigenen Wahlbezirk.

Weiter mußte ich Geldbeträge oder Aktien an verschiedene Personen, die die Haftung für die Kredite übernahmen, für diese Haftung abgeben, die teils bar zugezahlt, teils in Aktien verrechnet wurden.

Herner wurden auch gewisse Präsente in Aktien an Persönlichkeiten, die im Interesse der Industrie tätig waren und an Beratungen teilgenommen haben, abgegeben.

Dr. Rudolf Braun-Stammfest e. h.
coram me Dr. Seidl e. h.
Pol.-Oberkommissär der W. P.

Der Herr Abgeordnete Heini hat bereits erklärt, er kenne den Schieber nur flüchtig und habe von ihm kein Geld erhalten. Seipel ist in Amerika und konnte sich noch nicht äußern. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß sein beträchtlicher „Kadbergummi“ den dunklen Fleck auf seinem Ehrenschilde beseitigen wird. Das Protokoll aber bleibt und man muß kein erfahrener Kriminalist sein, um zwischen den Tatsachen die Verbindung von Ursache und Wirkung herzustellen, nach dem alten ewig-wahren Wort: Des' Brot' einer ist, des' Lieb' singt er.

Telegramme.

Der englische Streit.

London, 14. Juli. (Reuter.) Ein wichtiges Ereignis in der Entwicklung des Kohlenstreites ist der Beschluß des Generalrates des Kongresses der Tradeunions, den Vollzugsausschuß der Bergarbeiter zu einer Konferenz einzuladen, die morgen früh stattfinden soll. Die Wichtigkeit dieses Beschlusses beruht darin, daß im Falle der Annahme dieser Einladung dies seit der Beendigung des Generalstreites, die erste Konferenz der Bergarbeiter mit dem Generalrate sein wird.

Die Zahl der Arbeitslosen erreichte am 8. Juli die Höhe von 1.645.100 Personen oder um 5324 mehr als in der Vorwoche und um 344.750 Personen mehr als in der gleichen Woche des Vorjahres.

Die „Freundschaft“ zwischen Tschekoslowakei und SHS!

Belgrad, 14. Juli. Die Fiskalaktion des Finanzausschusses der Zupschina richtete in einer Resolution an die Regierung die Aufforderung, gegen die Einfuhr von Agrarprodukten aus dem Ausland, die gegenwärtig zollfrei ist, angemessenen Zollschutz für die heimischen Produkte zu schaffen.

Belgrad, 14. Juli. Der Delegierte des Eisenbahnminderparlamentes Madenovic erhob gelegentlich seiner Bernehmung durch die Enquete-Kommission der Zupschina über die Waggonlieferungen seitens der tschechoslowakischen Aktiengesellschaft in Admanstal gegen die letztere, sowie gegen den Delegierten des Ministeriums Sova schwere Anklagen. Madenovic gab zu Protokoll, daß die tschechoslowakische Gesellschaft falsche Reperaturen ausgestellt hatte, indem sie altes Material verwendete und dasselbe als neues berechnete. Als dies entdeckt worden sei, habe sich die Gesellschaft bereit erklärt, die Rechnungen um 30 Prozent zu vermindern. Trotzdem seien der Gesellschaft die Rechnungen voll ausbezahlt worden.

Der Katoß-Prozess.

Budapest, 14. Juli. (MTA.) Als erster wurde Joltan Weindorger verhört, der angibt, den falschen Katoß, mit dem er nach Ungarn gekommen sei, in Wien gekauft zu haben. In Ungarn habe er unter dem Namen Hegedüs an der Organisation der kommunistischen Partei gearbeitet. Auf die Frage, mit wem er in Ungarn in Verbindung stand, verweigert der Angeklagte die Antwort.

Im weiteren Verlauf des Verhöres erklärte Weindorger, daß das letzte Ziel der Kommunisten die Errichtung der Räterepublik sei.

Angekl. Paul Juhász hat unter dem Decknamen Jung an der Wiener Zusammenkunft im Jahre 1924 teilgenommen. Ob Bela Kun dort anwesend war, wisse er nicht. Er stellte den größten Teil des Inhaltes der Protokolle in Abrede, die über seine Ansage bei der Polizei aufgenommen wurden.

Angeklagter Josef Ritterer bekennt sich als überzeugter Kommunist. Er erklärt, daß ihm seine Aussagen bei der Polizei durch Mißhandlungen erpreßt wurden.

Es wurde sodann noch eine weitere Reihe Angeklagter einvernommen, die alle an der Wiener Zusammenkunft teilgenommen haben und zum Teile gleichfalls Beschwerte darüber führen, daß ihnen ihre Aussagen bei der Polizei durch Mißhandlungen erpreßt worden seien.

Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

Ein politischer Prozess in Moskau.

Zusammenhänge mit dem Budapest Katoß-Prozess.

Moskau, 14. Juli. (Tass.) Vor dem Obersten Gerichtshof begann gestern der Prozess gegen den ungarischen Staatsangehörigen Karl Biny, einen Agenten der politischen Abteilung der Budapest Polizei, welcher laut Aussage als angeblicher politischer Emigrant im Auftrage der ungarischen Polizei nach der Sowjetunion kam, um hier die Verbindungen Moskaus mit der ungarischen Arbeiterbewegung festzustellen. In Moskau schlug Biny dem Bruder des verhafteten und vor dem Gericht stehenden Kommunisten Katoß vor, zwecks dessen Rettung den ungarischen Gesandten in Wien auf einem russischen Militärflugzeug als Geisel nach Moskau zu entführen. In Ungarn versuchte Biny im Auftrage der Polizei die Verbindung der ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei mit kommunistischen Kreisen herzustellen. Die Anklage lautet auf provokatorische Tätigkeit.

Russische Note an Bulgarien.

Moskau, 14. Juli. (Tass.) Volkskommissär Tschitscherin richtete an den bulgarischen Außenminister einen telegraphischen Protest gegen die fortdauernde illegale Beförderung russischer Reemigranten ohne Einreisegenehmigung an die Sowjetküste, welche des öfteren bei stürmischem Meere auf hoher See ums Leben kommen. Die Sowjetregierung erklärt die bulgarische Regierung für die unvermeidlichen Repressalien gegenüber den Reemigranten und für die Kommandanten der diesen Schmuggel betreibenden Fahrzeuge verantwortlich. Die Sowjetregierung erhoffe kaum praktische Ergebnisse von solchen Protesten bei der gegenwärtigen reaktionären bulgarischen Regierung, richte jedoch durch diesen Protest die Aufmerksamkeit aller zivilisierten Länder auf die dem Völkerrecht und den elementaren Grundsätzen der Menschlichkeit widersprechende Handlungsweise der bulgarischen Regierung. Ebenso stellt Tschitscherin die Tatsache der wissenschaftlichen Beförderung in den Gruppen der Repatrianten sich befindender aktiver Gegner der Sowjetregierung durch die bulgarische Regierung fest.

Blutige Konflikte an der bulgarisch-rumänischen Grenze.

Bukarest, 14. Juli. (Rador.) Die Einfälle bulgarischer Komitatshis über die rumänische Grenze in die Dobrußa dauern an. Den letzten Verbrechen zufolge fiel eine bulgarische Bande in das Dorf Satuschewo ein und tötete den Kommandanten der rumänischen Wache. Die die gefangenen Komitatshis abführende Militärbegleitmannschaft wurde von einer anderen Bande überfallen, welche aus Bulgarien in Rumänien eingedrungen ist. Auf rumänischen Gebiete kam es zu einem Kampfe, bei welchem es beiderseits viele Tote und Verletzte gab. Die Behauptung von einem angeblichen Angriffe der rumänischen Zollwache auf die bulgarische Grenzschutztruppe wird geprüft. Bis jetzt hat diese Untersuchung ein vollkommen negatives Resultat ergeben.

15 Todesurteile in Smyrna.

Angora, 13. Juli. (Davas.) Im Attentatsprozess in Smyrna wurden 15 Angeklagte zum Tode verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Smyrna, 13. Juli. Die zum Tode verurteilten 15 Verurteilten, darunter einige Abgeordnete, wurden heute früh durch den Strang hingerichtet.

Schwere Kämpfe bei Fez.

Paris, 14. Juli. In einer Havasmeldung aus Rabat wird von schweren Kämpfen an der Front von Fez und besonders der von Taza berichtet. Die Kämpfe sehen dem Vorgehen der französischen Truppen heftigen Widerstand entgegen. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ ist Damed Buda, der frühere Kriegsminister Abd el Krims, von Spaniern gefangen genommen worden.

Amerikanische Unternehmer-Freiheit

New York, 14. Juli. Die Untergrundbahngesellschaft beabsichtigt, ihre gewerkschaftlich organisierten und jetzt streikenden Angestellten gerichtlich zu verfolgen. Die Gesellschaft fordert einen Betrag von 239.000 Dollars, den die nach ihrer Behauptung durch den Streik verursachten Verluste repräsentieren. Die Gesellschaft ersucht ferner das Gericht, Maßnahmen zu treffen, daß es der Gewerkschaftsorganisation unmöglich gemacht würde, den Streik fortzusetzen und so die Interessen der Gesellschaft zu schädigen. In dieser Angelegenheit wurden 62 streikende Angestellte, unter ihnen auch der Vorsitzende der Gewerkschaftsorganisation vor Gericht geladen.

Ein Linksbloß in Ungarn.

Budapest, 14. Juli. Seit einigen Tagen schweben zwischen den Führern der bürgerlichen Linksparteien vertrauliche Besprechungen, die darauf abzielen, einen Zusammenschluß aller dieser kleinen Gruppen zu einem einheitlichen Parteiblock herbeizuführen.

Vertraulich! **Welschtopolizei.**
Protokoll,
ausgenommen am 12. August 1924 mit Dr. Braun-Stammfest, Nationalrat im Alte, welcher angibt:
Zum Punkte Kreditgewährungsbesen füge ich meinem Protokoll vom 12. August 1924 mit dem Ersuchen, meine Angaben als vertraulich zu behandeln, weiter an:
In diesen Beträgen wurden verschiedene Beträge verrechnet, deren Buchungen durch Beamte mit Rücksicht auf die Art der Ausgabe nicht angezeigt erscheinen. Es sind dies Beträge, die

Der Pfarrer von Maitenbeth-Bethlehem.

Keine biblische Legende von Gustav Gibim.

Am 28. Januar ereignete sich auf der Straße Münchener Mühlbock eines Autounfalls, bei dem der Besitzer des Wagens, Rohrbacher, ums Leben kam, seine Rechte schwer, seine Frau leicht verletzt wurden, ein weiterer Fahrgast (Reichert) kam mit dem Schrecken davon. Reichert gelang es sofort sich aus dem umgestürzten Wagen zu befreien, es war ihm aber nicht möglich, die Verunglückten unter dem Auto herauszubringen. Er lief deshalb um Hilfe in die Ortschaft Maitenbeth. Dabei begegnete ihm der etwa 40 Jahre alte Pfarrer von Maitenbeth, den er sofort bat, ihm bei der Beseitigung der Verunglückten behilflich zu sein. Da erklärte der Pfarrer, daß er zuerst wissen müsse, welcher Religion die Verunglückten angehörten. Reichert behauptete, er sei katholisch, und auf die Frage des Pfarrers nach der Religion der drei unter dem umgestürzten Wagen Liegenden erwiderte Reichert wahrheitsgemäß, daß diese Protestanten seien. Darauf erklärte der Pfarrer: „Dann habe ich dabei nichts zu tun“ — und ging mit seinem Hund weiter. Reichert bat ihn noch einmal, doch so freundlich zu sein und in der Ortschaft nach einem Arzt zu telephonieren, aber auch dies, Bittschluß der Pfarrer ab.

Diesem Sachverhalt gab im Hanshans-Anschluß des Landtages der demokratische Abgeordnete Eisenbeis bekannt, mit der Bemerkung, daß Reichert diese Angaben zu bekräftigen bereit sei. („Münchner Post“ vom 21. Februar 1926.)

Ich wäre versucht eine biblische Legende zu schreiben, um meiner But Ausdruck zu verleihen. Aber hier hilft kein literarisches Klippenspielen, hier muß gepphen werden.

Diese biblische Legende wäre natürlich geschichtlich falsch, wie alle Geschichten und Legenden, weil es zu und vor Christi Zeit keinen Pfarrer von Maitenbeth gab, der doch in meiner Legende als Hauptdarsteller spielen soll. Die Geschichte aber soll, wenn sie einen legendären Charakter haben soll, zu Christi Zeit spielen.

Ich stelle mir daher vor, daß Josef der Zimmermann, Maria seine Frau nebst ihren zahlreichen Kindern, darunter auch der junge Jesus, zwar nicht im 70 P.-Daimler, aber vielleicht im schweren Eisenkarren auf der Flucht vor König Herodes Anderkärbern auf einer polnischen Landstraße von Betschem nach Jerusalem mit ihrem schweren Eisenkarren umgekippt wären. Die Landstraßen waren damals sicher

nicht die besten, trotzdem es noch keine Autostraßen-Rennen gab, die den Unterbau einer Landstraße durchlöcheren. Nun nehmen wir einmal an, daß bei der Fahrt zur Nachtzeit der Karren samt Josef, Maria und dem jungen Jesuskind und seinen zahlreichen Geschwistern in ein großes Loch in der Landstraße von Betschem nach Jerusalem gestürzt wäre, und die Insassen unter seine schwere Last begraben und verletzt hätte.

Und nehmen wir einmal weiter an, es hätte schon eine römisch-katholische Kirche und Pfarrer gegeben und gerade der Pfarrer von Maitenbeth in Bayern wäre damals in Betschem gewesen, und nehmen wir noch weiter an, daß dieser Pfarrer von Maitenbeth-Betschem gerade mit seinem Hunde seines Weges daher gekommen wäre und Josef, der Zimmermann diesen katholischen Geistlichen um Hilfeleistung gebeten hätte. Der Herr Pfarrer von Maitenbeth z. B. Betschem hätte sich als wahrer Prediger der schönen Lehre der Nächstenliebe eingekleidet der Bibel vorher nach der Religion der Schwerverletzten erkundigt. Er hätte dann sicherlich genau so geantwortet wie der Pfarrer von Maitenbeth im Jahre 1926.

„Was, Israeliten sind sie, dann habe ich dabei nichts zu tun.“

Und er wäre mit seinem Hund weiter spazieren gegangen.

Denn Josef, Maria, der junge Jesus und seine Geschwister waren doch Israeliten.

Ob dieser Tat würde bestimmt der Herr Pfarrer von Maitenbeth-Betschem im Jahre 1926 heilig gesprochen!

Heilig gesprochen wie der heilige Torquomada, Großinquisitor seines Reichens in Spanien, der Tausende von Israeliten im Namen Jesus und Gottes (1888—1468) auf dem Scheiterhaufen verbrennen ließ, weil sie nicht zum römisch-katholischen Glauben übertraten wollten.

Genossen! Genossinnen!

In jeder Betriebsversammlung,
jeder Gewerkschaftsversammlung,
jeder Genossenschaftsversammlung,
jeder Wählerversammlung,
jeder Frauerversammlung,
jeder politischen Versammlung,
jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation soll Ihr für die sozialdemokratische Parteipresse intensivste Mitarbeit leisten

Tages-Neuigkeiten.

Die Bäckermeister gegen die Zölle.

Die Auswirkungen des Zollgesetzes beginnen sich nunmehr mit aller Schärfe fühlbar zu machen; Das Kilogramm Mehl ist um 40 bis 70 Heller teurer geworden. Die Behörden und die Zollpartei wollen, um einen allzu heftigen Sturm der Bevölkerung zu verhindern, daß der Handel die Zölle bezahle. Der Bäckermeister soll, obwohl er 70 K für den Meterzentner Mehl mehr bezahlen muß, die bisherigen Preise halten, ohne das Gewicht der Backware zu ändern. So will es die Zollkoalition, die sich selber den Geldsack gefüllt hat und so will es auch die hohe Amtlichkeit, die sich natürlich gerne in den Dienst der Kapitalisten und Agrarier dieses Staates stellt. Was Wunder, wenn die Bäcker überall gegen die Politik der Zöllner und ganz besonders gegen das Verhalten der Abgeordneten der Gewerbe- und Arbeiterpartei Stellung nehmen! So war es auch anlässlich einer Tagung des Reichsverbandes der Bäckermeister in Sternberg in Wahren am Sonntag, den 11. Juli d. J. An dieser Tagung nahm auch der nordmährische Parlamentarier der Gewerbe- und Arbeiterpartei, der Senator Prause aus Deutsch-Breun, teil. Es wurde ihm dabei höchst ungemütlich, als er erfuhr, daß der Obmann der Bäcker-Bezirksvereine Sternberg, Weizner, in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten Sternberg gegen die Zölle stimmte. Nach schwüler wurde es dem Vertreter der Gewerbe- und Arbeiterpartei, als einige Bäckermeister aufstanden und einen Mißtrauensantrag gegen jene Parlamentarier einbrachten, die für die Zölle gestimmt haben. Bei der Begründung dieses Antrages zeigte sich an der lebhaften Zustimmung, die er fand, daß die Mehrheit der am der Bäckererogung teilnehmenden Meister gegen die Zölle war. Der Vorsitzende Schramel aus Troppau geriet in arge Schweißfüße und er meinte, daß er persönlich auch gegen die Zölle sei, aber das wäre eine Blamage für die Gewerbe- und Arbeiterpartei und er könne die Abstimmung dieses Antrages nicht zulassen. Ein neben dem Herrn Prause sitzender junger Bäckermeister aus Olmütz, setzte sich für die Zollpolitik ein und schimpfte auf die Sozialversicherung, nur um die Aufmerksamkeit von den Zöllnern abzulenken. Der Herr Prause erbrachte hierauf den Beweis, daß er es mit der Wahrheit beiseit, was er sagt, nicht genau nimmt, wohl in der Meinung, daß auf sein Gerede so wie so niemand etwas gibt. Er meinte nämlich, daß die Regierung mit den Sozialisten nicht weiter kam, denn diese wollten die Konsumvereine von den Zöllnern frei haben. Mit solchen Lügen und Dumtheiten will sich der Herr Prause rein waschen, wobei es ja trotzdem noch ein kostbares Geschäft ist, daß die tschechische Regierung nicht weiter kam, und, um dies zu können, der Hilfe der deutschen Gewerbetreiber bedurfte. Dem Vorsitzenden der Tagung schien es am liebsten, nach dieser „Rechtfertigung“ des Herrn Prause die Tagung zu schließen, worauf die erregten Bäckermeister, noch lange über die Zölle disputierend auseinander gingen.

Auf jeden Fall hat die Reichstagung der Bäcker gezeigt, daß auch die Bäckermeister mit der Zollpolitik der Gewerbe- und Arbeiterpartei und Christlich-Sozialen nicht einverstanden sind.

Das Gericht über die Christlich-Sozialen beginnt. Dieser Tage fand in der Seidenfabrik S. Trebitz u. Sohn in Mähr.-Schönberg die Wahl in den Betriebsausschuss statt, die mit einem Siege der „Union“ endete. Die Liste der „Union“ erhielt sechs Mandate (bisher fünf), die Christlich-Sozialen bekamen zwei Mandate (bisher vier). Früher bestand der Betriebsausschuss aus neun Mitgliedern. Die Wahlen bei der Firma Bujatti ergaben vier Mandate für die „Union“, während die Nationalsozialisten, die bisher drei Mandate innehatten, nur mehr zwei Mandate erhielten.

Die Verbilligungssaktion geht ein. Die tschechisch-slowakischen Schokoladenfabrikanten beschlossen eine Preisreduzierung von einer Krone für ein Kilogramm Schokolade. Na, wenn das die Christlich-Sozialen Wähler erfahren, da können die Herren etwas erleben. Die verderben ja das ganze Konzept für einen schönen Leitartikel, daß jetzt alles billig werden wird.

Kommunisten — Faschisten. In der Tschecherei Russin in Budweis sind die bisher bei den Kommunisten organisierten Arbeiter zu den Faschisten übergetreten, weil es der Firmenchef so haben wollte. Einige bei den tschechischen Sozialdemokraten organisierte Arbeiter machten den Uebertritt nicht mit.

Hochwasserkatastrophe in Chiesch. Aus Chiesch im Bezirke Ludy wird der „Landpost“ berichtet: Freitag abends ging über unsere Gegend ein heftiger Wolkenbruch nieder. Sofort standen die unterhalb der Neubütte am Riese des Moftrauer Berges gelegenen Felder und Wiesen unter Wasser. Das Heu wurde fortgeschwemmt, das Getreide umgelogt und verfaulen. Dann strömte das Wasser in die Stadt Chiesch. Beim Schloßsteich riß das Wasser des Gräbens eine Brücke weg, durchbrach den Damm und überschwemmte den ganzen Stadt-

teil, drang in Häuser und Gassen und brachte Menschen und Tiere in Gefahr. In der Nacht trat dann auch noch die Schnella aus den Ufern und überschwemmte die am Ufer gelegenen Felder und Wiesen. Der durch das Wasser angerichtete Schaden ist sehr groß. Auf vielen Feldern ist das Getreide vollständig vernichtet, das Heu fortgeschwemmt, alle Straßen und Fahrwege vollständig ausgeschwemmt und ruiniert, große Löcher wurden in den Erdböden gerissen und Massen von Schlamm und Schutt in die Gärten geführt. Die Hoffnung auf eine gute Ernte ist bei einem großen Teile der hiesigen Landwirte vernichtet worden.

„In den Krallen der Wohnungsnot.“ Infolge eines technischen Verfahrens in der Druckerei sind bei dem gestrigen Schlußartikel die beiden Bilder verwechselt worden, so daß der Text dazu nicht paßt. Den Lesern, insbesondere den Ortsbekannten des Tepitzer Bezirkes, wird es zweifellos aufgefallen sein, daß ein technischer Mißgriff vorliegt, der aus einem Kieselwandhaus im Wenzelschloß eine Wohnhöhle auf dem Sandberg macht. Die bitten oder trotzdem diese Richtigstellung nachträglich zur Kenntnis zu nehmen.

Lob des Soldatenlebens. Die „Narodni Politika“ ärgert sich sehr darüber, daß in Nordmähren von 236 Asientieren, angeblich nur Deutschen, bisher nur 34 eingedrückt seien. Die übrigen hätten sich natürlich „aus Furcht gegen die Republik“ verborgen. Nun, so aufregend ist die Sache nicht, daß die „Politika“ gleich schreit: Deutsche Vagabunden! Wenn die Herren Redakteure aus der „Politika“ jetzt als Gemeine noch dem Weltkrieg einräden wollten, würden sie sich statt zu verdeden, aus Lokalität wegen ihrer Unembehilichkeit wahrscheinlich erheben lassen. Und wie groß die Freude am Soldatenleben auch bei den Tschechen ist, ja: Ja alle ihre Volks- und Soldatenlieder, z. B.: „Ein herrlich Leben führt der Soldat, kennt keine Arbeit, trinkt sich satt, Tag für Tag vier Groschen Lohn, gibt der Liebsten noch davon!“

Die täglichen Autounfälle. Am Dienstag wurde beim Ueberschreiten der Fugnerstraße in Lieben der dreijährige Karl Kaba, der mit seiner Mutter spazieren ging, von einem Auto, das der Chauffeur Ludwig Fleiber aus Lobositz lenkte, erfasst und niedergedrückt. Das Kind erlitt blutige Verletzungen am Kopf, an den Armen und den Beinen und einen Bluterguß in die Lunge. Es wurde ins Kinderhospital übergeführt. Gegen den Chauffeur wurde die Strafanzelge erstattet. — Am Abend des gleichen Tages wurde der Arbeiter Franz Rafosni, aus Kleinschütz auf der Branitzker Straße, aus Kostansky umgestoßen und blieb bewußtlos liegen. Er wurde dann von dem Kostant ins allgemeine Krankenhaus auf die Klinik des Prof. Schloffer gebracht. Er hat schwere Verwundungen am Haupt und eine Gehirnerschütterung davongetragen. Da gleiche Auto hat auch den Arbeiter Josef Soboslavsky aus Reutwin umgerissen und an der rechten Hand verletzt. Der Chauffeur wurde verhaftet.

Drei Personen in der Moldau ertrunken. Aus Frieberg (Südböhmen) wird der „Deutschen Presse“ unter dem 14. d. gemeldet: Ein schreckliches Unglück ereignete sich heute in Frieberg. Beim Baden in der Moldau ertrank der 10jährige Bruno Weizsäcker aus Prag. Der Oberbergwart Theodor Dlatzky (?) aus Prag und der Oberverwalter Franz Reizner aus Brunn, die den Knaben retten wollten, verloren dabei selbst das Leben.

27.000 Kubikmeter Holz verbrannt. Eine der größten Sägemühlen Polens in Euro-lary bei Posen ist in der vorherverflorerten Nacht gänzlich abgebrannt. In der Säge befanden sich insgesamt 27.000 Kubikmeter Holz, das größtenteils verarbeitet war.

Eine „Deutsche photographische Ausstellung“ wird vom 14. August bis 1. September in Frankfurt a. M. stattfinden. Sie soll neben der Entwicklung der photographischen Technik und der Entwicklungsverfahren vor allem die wissenschaftliche Wirkung der Photographie als Wandbild veranschaulichen. Zu diesem Zwecke werden in einer Reihe von Räumen nicht nur Photographien gezeigt, sondern auch deren stimmungsvolle Einpassung in gegebene Räume und Möbel, ohne die heute in der bürgerlichen Wohnstube noch vielfach übliche Ueberladenheit mit einer Art photographischer Alben-galerie.

Ein neues transatlantisches Kabel. Die Kräfte zur Legung des größten Abstandes des neuen transatlantischen Kabels zwischen der Stadt Penzance in Südwestengland und der Robertsonbucht in Newfoundland sind beendet worden. Dieser Abstand des Kabels in einer Länge von über 3000 Kilometer wurde vom Dampfer „Colonia“ gelegt, der jetzt in Greenock einen weiteren Teil des Kabels in der Länge von 1500 Kilometern an Bord nimmt, der die Verbindung zwischen der Robertsonbucht und Keno Port herstellen soll. Dieses neue transatlantische Kabel, das zunächst, das über den atlantischen Ozean gelegt wurde, wird eine Leistungsfähigkeit von 2000 Buchstaben oder 500 Worten in der Minute (gleichzeitig für beide Richtungen) besitzen, was gegenüber den bisherigen transatlantischen Kabeln eine erhebliche Geschwindigkeit bedeutet. Das neue Kabel dürfte, wie man erwartet, vom September d. J. an funktionieren. Bei diesem Kabel wurde zum ersten Male bei der Telegraphie unter dem Meeresspiegel die Induktionladung verwendet, eine Methode, die das Telephonieren auf weite Entfernungen ermöglichte.

Das Ende aller Paniknotensälzungen? Wie die „D. Z.“ am Mittag“ meldet, ist es der Danauer Quarz-Lampen-Gesellschaft gelungen,

einen Apparat zu konstruieren, mit dessen Hilfe es möglich ist, innerhalb kürzester Zeit Halbfabrikate von Paniknoten, Briefmarken, Aktien und anderen Wertpapieren leicht zu erkennen. Diese Lampe ist einem größeren Kreis von Sachverständigen und Pressevertretern vorgeführt worden und es zeigte sich, daß die neue Erfindung geeignet ist, schonungslos den Fälschern das Handwerk zu legen. 3 bis 4 Sorten Papier, die alle bei Tageslicht gleiche Farbe haben, leuchteten unter der Analysen-Quarzlampe sämtlich verschieden auf. Auch solche Fälschungen, die durch Ausradierung oder Zusage vorgenommen wurden, konnten augenblicklich als Halbfabrikate entlarvt werden. Ebenfalls Linien, die mit bloßem Auge nicht voneinander zu unterscheiden sind, fluoreszieren unter der Wirkung des Apparates so verschieden, daß jede Veränderung von Schriftstücken wahrgenommen werden kann.

Schriftsteller Lania zu zwanzigtägiger Haft verurteilt. Der Schriftsteller Leo Lania wurde vor einiger Zeit von der Berliner Staatsanwaltschaft aufgefordert, anzugeben, auf welche Genossenschaft er sich seine Angaben in seinem Buche „Gewehre auf Reisen“, in dem er Waffenbeschreibungen aufweist, stützt. Lania hatte diese Anforderung unter Hinweis auf das Pressegeheimnis abgelehnt. Nunmehr ist Lania wie die Wälder berichtet, vom Gerichte aufgefordert worden, sich am 16. Juli zum Antritt einer 20-tägigen Haft, zu der er wegen Zeugnisverweigerung verurteilt worden war, zu melden. Die Haft soll eventuell bis zur Beendigung des Verfahrens verlängert werden.

Ein Riesen-Panndiebstahl. In Oslo wurde in der Bauernbank entdeckt, daß in der Zeit von Samstag nachmittags bis Montag morgens ein großer Diebstahl in den Panngewölben begangen worden ist. Es wurden ausländisches Geld, Schecks und Anweisungen gestohlen. Dem Vernehmen nach soll ein Betrag von mehreren 100.000 Kronen gestohlen worden sein. Der Chef der Bank erklärte seine Anträge, daß es sich um einen sehr großen Betrag handle, doch wollte er die Größe der Summe nicht angeben. Die Bank war gegen Diebstahl versichert und es sind Maßnahmen ergriffen worden, um die Schecks anzuhalten.

Miß Gibson vor den Psychiatern. „Messagero“ meldet, daß die zwei Sachverständigen ernannt worden seien, die den Geisteszustand der Miß Violette Gibson, die das Attentat auf Mussolini verübt hatte, untersuchen sollen. Die Sachverständigen seien beauftragt worden, auf folgende zwei Fragen zu antworten: 1. Ob die Gibson in dem Augenblicke, in dem sie das Attentat gegen den Premierminister verübte, sich im Zustande völliger oder teilweiser Geistesstörung befand; 2. ob das, was die Attentäterin vor dem Untersuchungsrichter geäußert habe, glaubhaft sei.

Der neue deutsche Gesandte in Wien. Wie die Wiener Politische Korrespondenz erfährt, hat die Bundesregierung das Agrement für die Ernennung des Mitgliedes des deutschen Reichstages Grafen Hugo von Lerchenfeld zum neuen Botschafter in Wien erteilt.

Ein Schuss gegen das Auto eines Saazer Poppenhändlers. Der „Prager Abendzeitung“ wird aus Saaz berichtet: Sonntag nachts fuhr der Poppenhändler Otto Schaller jun. aus Saaz in seinem Auto vom Remen in Karlsbad zurück nach Saaz. Im Auto saß unter anderen der Zutrittsführer Ludwig aus Kriegeren. Der Busch wurde plötzlich ein Schuss gegen das Auto abgefeuert. Im nächsten Augenblicke sprang Gutsbehrer Ludwig auf und rief, daß er getroffen sei. Tatsächlich hatte ihm das Projektil das Bein zerissen. Es wurde die Anzeige bei der Gendarmarie erstattet.

Ziegelsteine fallen auf Passanten. Gestern vormittags ereignete sich auf dem Graben in Prag ein schwerer Unglücksfall durch herabfallende Ziegel. Als der Monteur der Böhm. Unionbank, Herr Zinger, den Graben im Schemot-Reihen passierte, wo eben das alte Haus niedergelegt wird, fielen zwei Ziegelsteine herab. Sie trafen den Arbeiter auf den Kopf und verletzten ihn schwer. Er wurde von der Rettungsgesellschaft ins Allgemeine Krankenhaus übergeführt.

Die Ausländer in Berlin. Berlin beherbergt eine große Zahl von Ausländern zu jeder Jahreszeit. Ende vorigen Jahres waren allein 136.314 Ausländer gemeldet. Von diesen waren ein Viertel, nämlich rund 34.500 Oesterreicher und 21.000 Polen, 16.000 Russen und 15.000 Tschechoslowaken, 6500 Ungarn, 3500 Schweizer und 2875 Rumänen, Amerikaner, Holländer, Engländer, Italiener, Schweden, Türken, Dänen, Litauer, Letten waren in geringerer Zahl (bis zwei Prozent) in Berlin anässig und andere in noch geringerem Prozentsatz.

Den Liebhaber der eigenen Tochter erschossen. Im Stadtpark in Hamburg erschoss der Revolverwächter Feinze aus Bornstedt im Streit den Liebhaber seiner 17jährigen Tochter. Als Polizeibeamter ihn später in seiner Wohnung verhaften wollten, fanden sie Feinze mit geladenem Revolver, von dessen Angehörigen festgehalten, lebend im Zimmer. Offenbar wollte er sich erschießen. Den Kriminalbeamten leistete er heftigen Widerstand. Es gelang nur mit größter Mühe, ihm den Revolver zu entreißen. Der Täter wurde vorläufig festgenommen.

Rachzahlungen auf Zetteln der Geschäftreisenden. Anlässlich der Erhöhung der Eisenbahntarife um 20 Prozent, die mit 1. August in Kraft tritt, berichtet uns die Union der Geschäftreisenden und Vertreter folgendes: Die Rachzahlung auf eine Jahreskarte, gültig vom 1. Jänner beträgt 9 Prozent. Auf eine Jahreskarte, gültig vom 1. Juli, werden 20 Prozent nachgezahlt. Auf

Holzhahreskarten, gültig vom 1. Juli, sind 18 Prozent Rachzahlung zu leisten. Diese Rachzahlungen sind bis 15. September 1924 bei jener Hochfahrtausgabestelle, bei welcher die Zeitkarte gekauft wurde, zu leisten. Nach dem 15. September werden Rachzahlungen nicht mehr angenommen und die Zeitkarte wird als ungültig erklärt. Wer die Rachzahlung nicht leisten will, kann seine Zeitkarte in der Zeit vom 1. bis 15. August 1924 abgeben und ihm wird der aliquote Teil für die nichtbenutzte Zeit der Gültigkeit der Karte rückerstattet. Hierbei wird das Jahr mit 300 Tagen berechnet. Auf ermäßigte Holzhahreskarten der Geschäftsreisenden, welche durch das Sekretariat der Union in Prag beschafft wurden, folgt die Rachzahlungsmarken das Reisebüro „Cecan“ in Prag II., Postkassa 24., aus.

Die neuen erhöhten Telephongebühren

Prag, 14. Juli. Das Post- und Telegraphenministerium veröffentlicht in einer Rundmachung die neuen Telephongebühren. Die Jahresabonnementsgebühren sind in den Hauptpunkten folgende: Für Ortsnetz mit mehr als 5000 Abonnenten in der Gebührenklasse A für Hauptstationen mit selbständigem Anschluß 2400 K, in der Gebührenklasse B 2000 K und in der Gebührenklasse C 1450 K; bei halben Gesellschaftsanschlüssen 1000 K und bei Viertelanschlüssen 600 K. Für Ortsnetz von 2000 bis 5000 Abonnenten für Hauptstationen 2000 K, 1700 K und 1300 K. Für Gesellschaftstelephone 800 und 500 K; für ein Netz von 500 bis 2000 K für Hauptstationen 950 K, für Gesellschaftsanschlüsse 600 und 380 K. Bei einer Abonnentenzahl von 50 bis 200 für eine Hauptstation 800 K, für Gesellschaftsanschlüsse 600 und 340 K. Bei 20 bis 50 Teilnehmern beträgt die Gebühr für eine Hauptstation 600 K und bei höchstens 20 Abonnenten 500 K.

Die Jahresabonnementsgebühr für eine innere Nebenstation beträgt 280 K. Das Jahresabonnement für eine äußere Nebenstation beträgt gleichfalls 280 K. Für eine direkte, unmittelbare angeschlossene Verbindung sind jährlich 280 K und ein Zuschlag von 24 K für je 100 Meter Luftlinie, mindestens aber 60 K zu bezahlen. Diese Bestimmungen treten am 1. Jänner 1924 in Kraft.

Verzins am 1. August d. J.

treten folgende Gebühren in Kraft: Für Nebenstationen, u. zw. für innere 250 K, für äußere außer dieser Gebühr noch 1. für jede weitere Nebenstation in der ersten Zone 200 K für je 100 Meter Luftlinie von der Anschlußstation, 2. für jede durch die Zentrale durch zwei Zentralanschlußleitungen angeschlossene Nebenstation in der ersten Zone 200 K und für je 100 Meter nach der Summe der Luftlinie der Haupt- und Nebenstation von der Zentrale.

Bei Hauptteilnehmerstationen, die an die Prager Telephonzentrale angeschlossen sind, wird ein einheitlicher Baubeitrag von 2000 K eingehoben.

Die Gebühr für Solsprache wird 1 K für die Normaleinheit und 3 K für die Einheit eines dringenden Gesprächs betragen.

Die Gebühren für interurbane Gespräche betragen bei Entfernung bis zu 25 Kilometer (1. Zone) 3 K, in der zweiten Zone bis 50 Kilometer 5 K, bis 100 Kilometer 7 K, bis 200 Kilometer 9 K, bis 350 Kilometer 12 K, bis 500 Kilometer 16 K, über 500 Kilometer 20 K für die Einheit eines gewöhnlichen Gesprächs. Für ein dringendes oder Staatsgespräch ist die dreifache und für ein Blüßgespräch die neunfache Gebühr zu bezahlen.

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Freitag.

Prag, 14. Juli. 11.30: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 12: Mittagsmusik. 13: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 14: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 15: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 16: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 17: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 18: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 19: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 20: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 21: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 22: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 23: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 24: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 25: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 26: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 27: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 28: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 29: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 30: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 31: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 32: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 33: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 34: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 35: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 36: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 37: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 38: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 39: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 40: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 41: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 42: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 43: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 44: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 45: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 46: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 47: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 48: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 49: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 50: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 51: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 52: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 53: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 54: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 55: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 56: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 57: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 58: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 59: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 60: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 61: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 62: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 63: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 64: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 65: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 66: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 67: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 68: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 69: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 70: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 71: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 72: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 73: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 74: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 75: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 76: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 77: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 78: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 79: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 80: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 81: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 82: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 83: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 84: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 85: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 86: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 87: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 88: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 89: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 90: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 91: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 92: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 93: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 94: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 95: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 96: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 97: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 98: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 99: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters. 100: Rundfunkübertragung des Festkonzertes des Prager Symphonieorchesters.

Ein vermögner Banditenüberfall wurde auf die Kontinente des Ostpreussens Russen in Bobrow bei Beuthen verübt. Nachts um 1 Uhr drangen zwei maskierte Männer mit Pistolen in den Schankraum und raubten die Kasse. Zwei andere hielten die im Speiseraum noch anwesenden Gäste mit Revolvern in Schach. Vor dem Abzug schossen die Banditen auf die Gäste, von denen zwei verwundet wurden. Einer von diesen eröffnete das Feuer auf die stehenden Räuber. Als um 2 Uhr nachts das Ueberfallkommando aus Beuthen eintraf, fand man einen der Räuber tot und am nächsten Morgen stieg man in einem Feld auf einen zweiten erschossenen Räuber, der in der Hand noch eine scharf geladene entschärfte Pistole hielt.

Rinder-Kolnisten.

Die soziale Not in Sowjetrußland.

Prof. M. Gernet hat in einem Artikel, der in dem Moskauer Journal „Woprosy Kartlogii“ (Fragen der Kartologie) veröffentlicht wurde, auf Grund der in Moskau von der Sektion der sozialen Krankheiten unternommenen Untersuchungen genaue Angaben über die Lage der Kinder gebracht:

„Auf 102 untersuchte obdachlose Kinder kommen nur zwei, die nicht rauchen, nicht trinken und nicht Kofain schnupfen. Es ist mit Genauigkeit festgestellt worden, daß mehr als 80 v. H. der obdachlosen Kinder gewohnheitsmäßige Kofainisten sind. Die Hälfte aller Untersuchten vergiften ihren Organismus mit drei Kofaintabletten, d. h. sie schnupfen Kofain, trinken und rauchen. Und nur die Minderzahl hat sich auf den Gebrauch eines dieser Kofaintabletten beschränkt.“

Es gibt Kinder, die schon im Alter von unter 10 Jahren zu Kofainisten wurden.

Auf die Frage: „Warum hast du angefangen, Kofain zu schnupfen“, antwortet die Hälfte der Befragten: „Aus Neugier“ oder „weil der Freund es machte“. Die überwiegende Mehrzahl dieser Kinder waren entweder Vollwaisen oder ihr Familienleben war aus irgendeinem andern Grunde zerstört worden. Die meisten von ihnen haben im Alter von unter 10 Jahren zu rauchen begonnen, und selbst unter fünfjährigen Kindern gab es Gewohnheitsraucher.

Zur Zeit der Untersuchung wohnte keine der Kinder bei seiner Familie. Die Hälfte von ihnen hatte das Elternhaus in sehr frühem Alter verlassen und gerade diese waren die unterbesseren Kofainisten. Da sie ihr Elternhaus verlassen haben, ohne irgendeine berufliche Ausbildung genossen zu haben, sind sie gezwungen, ihr Leben ausschließlich durch Diebstahl zu fristen.

Die überwiegende Mehrzahl der Mädchen waren Prostituierte. Die dem Kofain ergebenden Mädchen gehen an, daß sie das Kofain „zum Gesehen“ erhalten, d. h. offenbar als Bezahlung. („Kofainaja Gafeta“ vom 30. Juni.)

Nach amtlichen Angaben beträgt die Zahl der obdachlosen Kinder in der Sowjetunion mehr als 300.000!

Devisenkurs.

Prager Kurse am 14. Juli.

	1926	1924
100 holländische Gulden	1358.—	1364.—
100 Reichsmark	898.75	897.75
100 belgische Francs	81.55	82.95
100 Schweizer Francs	853.75	856.75
1 Pfund Sterling	164.07.50	165.27.50
100 Lire	114.17.50	115.57.50
1 Dollar	33.70	34.—
100 französische Francs	87.17.50	88.57.50
100 Tinar	59.62.50	60.12.50
10.000 ungarische Kronen	4.69.37	4.79.37
100 polnische Zloty	367.—	373.—
100 Schilling	477.57	480.87

Kleine Chronik.

Dunkle Gewalten.

Auf der Baustelle warteten schwere Eisenträger. Sie waren feucht und kalt. Ueber ihnen redete sich ein hoher Kran in den Nachhimmel. Ketten liefen von seiner Höhe zur Erde und legten sich kreuz und quer neben die eisernen Träger. Wieviel Lasten hatten sie schon erduldet, wie hatten ihre Glieder sich gespannt und Widerstand geleistet, stark und unerschütterlich! O, sie fühlten sich so hart und hielten die eisernen Träger, an die sie sich schmiegen. „Wir“, so wisperten sie, „sind immer frei, wir leben in Licht und Sonne, wir sehen den Mond und die Sterne; ihr aber, ihr häßlichen, ungeliebten Träger werdet irgendwo zwischen Steinen beschwinden; auf eure Rücken wird man schwere Lasten legen, und mit Füßen wird man euch treten.“ Die Träger wollten widersprechen, aber die Kettenglieder lockten hochhört: „Wir werden euch festhalten und dann in eurer Gefängnis bringen. Wir sind härter als ihr, wir werden...“

In diesem Augenblick wurden sie von Männern im Arbeitsittel auseinandergerissen und um die Träger geschlungen. Dann begann eine kleine Dampfmaschine zu arbeiten. Schnell rollten einige Kettenglieder empor; andere glitten abwärts. Plötzlich gab es einen heftigen Stoß. Der Träger, der man eingebaute werden sollte, wehrte sich. Aber brutal zog die kleine Dampfmaschine durch. Da ging ein leises Schließen durch die Kette, und ein Ring sagte: „Ich zerreiße, ich kann nicht mehr.“ „Wirst du ausschlagen, du bist genau so stark wie wir, schäm dich!“ Der Ring nahm seine Kraft zusammen und hielt tapfer aus. Immer höher wucherte der schwere Träger, der

Sozialhygienisches aus Japan.

Prof. Dr. Theodor Sternberg, der nach Japan als Universitätslehrer für soziale Medizin berufen wurde, schreibt aus Tokio dem „Berliner Tageblatt“ einen sozialhygienischen Bericht, der zwar durchaus bürgerlichem Gesichtsfeld entspricht, aber durch die mitgeteilten Tatsachen von allgemeinem Interesse ist. In diesem Aufsatz heißt es unter anderem:

Nur allgemeinen trifft man sozialhygienische Maßregeln hier immer erst beim Ausbruch von Seuchen, und dabei zeigt sich dann oft Mangel an genügender Vorbereitung. Seit kurzem veranlaßt allerdings die Regierung alljährlich Feldzüge zur Vertilgung der Ratten und Fliegen. Zweimächtig, sozialhygienisches Vorgehen empfiehlt sich auch aus dem Grunde, weil trotz einzelner hervorragender Mediziner, trotz des Aufstrebens der Heilkunde in Japan, der Durchschnittsarzt bei der Bevölkerung im allgemeinen wenig Vertrauen genießt; die von den Staats- und anderen Volluniversitäten approbierten Ärzte gelten im allgemeinen noch eher als die aus den sonstigen Medizinschulen hervorgegangenen.

Das nicht approbierte Kurpfuschertum ist strengstens verboten, jeder ist strafbar, der ohne ärztliche Approbation entgeltlich Heilthätigkeit verrichtet.

Ein sehr schädlicher und unausstößbarer Anflug ist das Vertrauen auf gewisse Heilbäder gegen venerische Krankheiten. Dadurch wird der Verschlimmerung Vorschub geleistet. Auch Patienten, bei denen anfangs eine sachgemäße Behandlung eingeleitet war, verlassen diese häufig, um nach den uralten „Zegensquellen“ zu eilen.

Die Geschlechtskrankheiten sind sehr verbreitet, weil man, von dem Vertrauen in die Bäder ganz abgesehen, auch sonst die Leiden sehr leicht nimmt; populäre Warnungsliteratur hat bisher fast ganz gefehlt. Die Zahl der infolge Gonorrhoe Erkrankten ist erschreckend; der Stand der blinden Masseure rekrutiert sich teilweise aus diesen unglücklichen Opfern.

Die Volksmehrung in Japan war noch bis zur ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts infolge mangelhafter Ernährung mit acht bis fünfzehn Geburten nicht zu selten waren. Dabei war bei den Chinesen ein langes Stillen der Kinder üblich, und eine Entzündung der Mutter vom Säugegeschlechte, wie sie in Europa durch das Industriefieber heraufbeschworen wurde, hat es hier in diesem Ausmaß nie gegeben. Jedoch sind neuerdings Geburten- und Sterblichkeitsziffern erheblich schlechter als in irgendeinem europäischen Großstaat.

Hauptursache ist die Tuberkulose. Vor ein paar Jahren hat die Regierung in jedem Hause des Reiches einen hygienischen Spünapf aufgestellt. Er wurde aber nie gereinigt, dann in den Speicher verschlossen und dem rotterbenden Schmutz dort gezeigt. Der nicht befriedigt, denn über Reinigung und Benutzung der Spünapf ist noch keine Vorschrift ergangen, und so hat noch heute jeder Japaner das verfassungsmäßige Recht, zu spülen, wie und wo er will. Daß Licht und Luft gegen Tuberkulose gut sind, davon haben die Leute keine Ahnung; beim geringsten Sonnenstrahl werden die Fenster verdunkelt, in die überfüllten Schlafzimmer, auch der Bestehenden, darf kein Lüftzug dringen. Vielfach, alkoholisiert, fürchtet sich der Durchschnittsjapaner ängstlich vor Erfältnis und vermag sich keine Abkühlung aufzuerlegen. Im Zimmer und in den Betten glühen Kohlenbecken (die in den Betten vergittet). Ein junger Schriftsteller richtete wegen Tuberkulose seiner Frau unter großen Opfern in Kamakura, Japans Haupttuberkulosekurort, ein Häuschen ein. Die Frau, die den Haushalt allein führt, ist in zwei Jahren dreimal an den nur fünf Minuten

entfernten Strand und auch sonst nicht in die Sonne gekommen. Das ist vollkommen typisch. Höhenorte für Tuberkulose gibt es nicht, Japan ist zu feucht dazu.

Sodann fordert der Typhus viele Opfer, da die Gemüse- und Reisfelder mit Menschenkot gedüngt werden und viele Feldfrüchte, bloß kalt abgewaschen, roh geessen werden.

Beri-Beri, die charakteristische ostasiatische Stoffwechsel- und Nervenerkrankung, ist verbreitet, weil die Japaner sich von dem entkalkten Reis, dem die notwendigen Vitamine fehlen, nicht trennen können. Wenn man nämlich einige Zeit den blendend weißen, polierten Reis gegessen hat, schmeckt einem der halbpolierte oder unpolierte nicht mehr. Es ging mir auch so, obgleich ich sehr dagegen war. Man fragt sich unwillkürlich, ob nicht der jahrauslang Gebrauch des entkalkten Reises schließlich einen Kalkschaden herbeigeführt haben muß.

Die Erhaltung der japanischen Volksgesundheit wird vor allem die Einführung des praktischen Jahres für die jungen Ärzte erfordern und dann eine größere Volksfürsorge.

Kunst und Wissen.

„Götterdämmerung.“ Mit einer im musikalischen Teile überwältigenden Aufführung der „Götterdämmerung“ wurde am Dienstag Wagner's gigantischer Zyklus des „Nibelungen-Ringes“ zum Abschluss gebracht. So ausgezeichnet und überzeugend Zemlinsky's musikalische Interpretation war, so wenig überzeugt hat Herr Sabers Regie, die im letzten Akte leider ganz versagte, so daß der grandiose Schluß in jenseitiger Hinsicht verloren ging. Unter den mitwirkenden Gästen bot wieder Herr Enderlein aus Hamburg eine prächtige Leistung; auch sein geistiger Held Siegfried ist illusionenvollkommen in der sieghaften, kraftstrotzenden himmlischen Auslösung und dastehenden Passivität. Enderleins Vortrag der Erzählung Siegfrieds vor seiner Ermordung war eine Meisterleistung wirksam gegliederten und gesteigerten Gesanges. Die Bräuhilde sang Frau Johanna Berthold, die einst händiges Mitglied unseres Theaters war, Stimmlich und in dramatisch-schauspielerischer Hinsicht diebrüchigste Künstlerin der Bräuhilde kaum etwas schuldig; die Wortwendigkeit der Sängerin aber hat gegen früher noch zugenommen. Es ist überhaupt an der Zeit, daß an unserem Theater wieder einmal eine gründliche Erneuerung des gelang-dellamatorischen Stiles Wagners stattfindet. Als dritter Gast der „Götterdämmerung“ lang Zeit Schirring aus Dresden die erste Rheintochter. Daß auch die „Götterdämmerung“ vor ausgezeichnetem Publikum gegeben werden konnte (trotz eines herrlichen Sommerabends), beweist, wie sehr die Prager noch immer Wagner lieben.

Reinigung „Der Obersteiger.“ Das Opernrepertoire des Neuen Theaters wird vor Saisonabschluss noch um eine der melodischsten klassischen Opern, Jellis „Obersteiger“ bereichert werden, der in völlig neuer Einwirkung und größtenteils neuer Besetzung im Spielplan erscheinen wird.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Donnerstag halb 8 Uhr abends „Donja“, Freitag halb 8 Uhr abends „Im weißen Rössl“, Samstag „Der Freischütz“, Sonntag „Die Zerkelina“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Nidel und die 36 Gerechten“, Freitag „Stage u. Babikapi“, Samstag Theodora Cie., Sonntag „Der Fisch im Car“, Montag „Nidel und die 36 Gerechten“.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Richter. Druck: Deutsche Zeitungs- & B. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holzl.

VERLANGET UEBERALL



Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag.

Am 28. und 29. Juli sind aus Rärnten 43 Kinder des Vereines „Kinderfreunde“ in Prag. Wir bitten alle Parteimitglieder, diesen Kindern für zwei Uebernachtungen unentgeltliche Unterkunft zu gewähren.

Anmeldungen nimmt schon jetzt Genosse Hellmich, Prag II, Ketzianka 18-3, (Verwaltung des „Sozialdemokrat“) entgegen.

Die Bezirksleitung.

Pflege Cure Haare!



Einzig bewährtes, bei reich und Krautern erzeugtes Haarpflegemittel ist Lotion „Vorelei-Adalberta“ gegen Haarausfall und Schuppen sowie für den Haarwuchs u. Erfrisung der Kopfhaut. Flasche K 27. - Vorelei-Adalberta Nr. 2 gegen graubildendes und graues Haar. - Keine Warbel Die grauen Haare bekommen wieder ihre ursprüngliche Farbe! Flasche K 40. - Vorelei-Adalberta Nr. 3 Kräuter-salbe auf trockene, brüchige und harige Haare. Ziegel K 15. - Viele Verlobungs- u. Taufgesandtschreiben. - In Schriftfragen u. Beschlüssen wolle man eventuell ein Haarwuchs zur Unterzeichnung beilegen. Beratungen in Haarangelegenheiten gratis! Gegen Retourmarken. Großpötte und Großpötte gegen K 3. - In Spezialbehandlungen am Lager und bei nicht liefert direkt a. d. Vorelei-Adalberta Pohl, Literar. Lehrerin a. D., Prag-Smichov, Dvorskova 2, 1244. Die Haare der Frauengruppe sind wirklich 2 1/2 Meter lang, was die politische Bezirkshauptmannschaft in Chrudim amtlich beglaubigt hat. 4238

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT

Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsheften, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Kofationsbetrieb. IN TEPLITZ-SCHÖNAU Fischlergasse Nr. 6.

machlos, gebunden in der Nachluft schaukelte. Er zog mit seiner ganzen Kraft an der Kette und versuchte, sie zu sprengen. Aber trotzig widerstand sie ihm. Arbeiter waren auf den Träger gestiegen, um das Gleichgewicht herzustellen und ihn in der Höhe in letzte Fesseln schlagen zu können. Spannung lag über dem Ganzen. Plötzlich löste das frische Kettenglied schwer auf. Den anderen ludte der Atem. Hoff unmerklich gab die Kette nach, und ehe noch die Arbeiter begreifen konnten, was vor sich ging, hatte sich der schwere Träger befreit. Juchzend stürzte er hinab, rief die Arbeiter mit sich und zerstreute sich in der Tiefe. Die kleine Dampfmaschine logte wie wahnwitzig und drohte vor innerer Kraft zu zer-springen.

Unter den Trägern schüttelten die Arbeiter. An-sehen, Sanitäter eilten herbei. Ein Ingenieur unter-suchte die zerbrochene Kette. Der Bruch zeigte nichts Besonderes. Das Eisen schien ganz gesund zu sein. „Was kennt sich doch niemals aus“, sagte er lopi-schüttelnd. Billy Wobus.

100 Jahre Anilin.

Anilinfarben haben heute Weltfama erlangt. Selbst der unglückliche Fall von Versailles er-kannte, allerdings in einer für unser Land sehr schmerzhaften Weise, die ungeheure Bedeutung dieser Industrie an. Die Anlage 4 zum Teil 8 dieses Do-kumentes beschäftigt sich recht eingehend mit diesem Teil der chemischen Industrie. Sie verlangt im we-sentlichen, daß 50 Prozent der bei Friedensschluß in Deutschland befindlichen Vorräte an Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen an die Entente ausgeliefert werden. Es hat auch später nicht an Anstrengungen gefehlt, die deutsche Anilinfabrikation zu schwächen, um den im ehemals feindlichen Ausland während des Krieges entstandenen chemischen Fabriken Abnahmefähigkeiten zu sichern.

Der merkwürdige Farbstoff, der von so großer weltwirtschaftlicher Bedeutung geworden ist, wurde vor nun 100 Jahren von einem jungen, erst gan-zig Jahre alten Chemiker Otto Unverdorben ent-deckt. Otto Unverdorben, der als Chemiker wei-sentlich sehr begabt war, hat ein recht eigenartiges Le-ben geführt. 1806 wurde er in dem kleinen märk-tischen Städtchen Dahme als Sohn eines Material-warenhändlers geboren. Von 1823 bis 1824 finden wir ihn in dem seinerzeit gut bekannten chemischen Unter-richtsinstitut von Trommsdorff in Erfurt. Dort er-hielt er die erste gründliche Unterweisung als ange-bender Chemiker. In den nächsten zwei Jahren ar-beitete er dann an der Universität Berlin. In Dahme richtete er sich ein chemisches Laboratorium ein und stellte auf Grund eigener Ueberlegungen Ver-suche an. So unterzog er eine große Anzahl von tierischen und pflanzlichen Stoffen der sogenannten trockenen Destillation. Hierbei werden die zu untersuchenden Stoffe durch Hitze oder Glühhitze zerlegt. Bei der Destillation des Indigos fand er vor-nahme 100 Jahren einen seltsamen ölartigen Stoff, der eine erstaunliche Kristallisationsfähigkeit aufwies, eine farblose Flüssigkeit, die an der Luft rot, im Wasser mit gelber Farbe lösliche Kristalle bildete. Der großen Kristallisationsfähigkeit wegen nannte er den neuen Stoff „Eristalin“. Eristalin war aber nichts anderes als das heutige Anilin, dessen Bedeutung man damals noch nicht erkannte. Dieser gab der hoffnungsvolle Chemiker 1820 die Chemie als Hauptberuf auf und übernahm den Laden seines inzwischen verstorbenen Vaters. John Jahre später führte er in Dahme die Tabakfabrik ein. Er blieb unbeschäftigt und golt in seiner Pe-

manstadt als ein großer Sonderling. 1873 starb er, ohne noch irgendwie auf wissenschaftlichem Gebiete hervorgetreten zu sein.

Die Bedeutung des Anilins wurde erst erkannt, als die zunehmende Gasvergiftung der Städte die Chemiker veranlaßte, sich näher mit dem Stickstoff-leuchtgas zu beschäftigen, der bei der Gasherzeugung zu-nächst nichts weiter als ein recht unerwünschtes Nebenprodukt war. Die Arbeiter Justus Liebig und seines Schülers A. W. Hoffmann bereiteten hier den Boden vor, auf dem es dann dem Engländer W. S. Perkin gelang, die färbenden Eigenschaften des Anilins zu entdecken und für die Praxis nutzbar zu machen. W. S.

Eine Riesenbrücke. Die größte große Spannweite aller Brücken weist die neue Telemannbrücke in Philadelphia auf, die dort am 4. Juli anläßlich der 150-Jahresfeier der Unabhängigkeitserklärung dem Verkehr übergeben wurde. Ihre Mittöffnung hat eine Weite von 533,7 Meter, die beiden Seitenöffnungen sind je 223,7 Meter weit. Die Brücke, die dem Straßenverkehr zwischen dem Franklin-Square und der Parkstreet in Camden dient, ist eine Kabel-fahrbahnbrücke — diese Bauart wird noch immer in Amerika bevorzugt und sowohl wirtschaftlich wie schönheitlich als überlegen angesehen. Parallele Stahl-träger bilden die Ankerstützen. Ueber jeden dieser beiden Träger ist ein Kabel aus parallelen Drähten von 702 Millimeter Gesamtdurchmesser ge-spannt. Das Kabel übertrifft alle bisherigen Kabelbrücken — die Kabel der Brooklynbrücke sind 4. 8 nur 470 Millimeter stark. Der Hochpunkt mit zwei Fußstützen wird von zwei Straßenbahngleisen be-grenzt. Der Bau der Brücke hat fünf Jahre ge-dauert.